

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlestraße 18 b.
Telephonruf: Nr. 3992.

Insertate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgespaltigen Kolonelleile 1 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **346100** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Kapitalistische und proletarische Sammelpolitik für die Reichstagswahlen.

Gegen die sozialdemokratische Partei, das heißt gegen die sozialdemokratisch geführte und wählende Arbeiterklasse richtet sich diesmal wieder wie bei allen früheren Wahlen die Kampfpolemik der bürgerlichen Parteien auf der ganzen Linie. „Nieder mit den Sozialdemokraten!“ ist der offen ausgesprochene Kriegsruf aller bürgerlichen Parteien, nieder mit der selbständigen und unabhängigen Arbeitervertretung im Reichstag, nieder mit der ganzen gehafteten selbständigen Arbeiterbewegung! Den besitzenden und herrschenden Klassen, deren politische Vertretung die bürgerlichen Parteien sind, ist jede selbständige Bewegung und Betätigung der Arbeiter verhaßt, weil sie als letzte Folge derselben die Beseitigung ihrer Herrschaft, der Klassenherrschaft, fürchten. Läßt sich der Drang nach Zusammenschluß in den Arbeitervereinen nicht völlig ausrotten, dann soll keine Befriedigung in harmloser Form erfolgen. Vor 40 Jahren ist von den besten bürgerlichen Politikern, von Leipziger Professoren, von Schulze-Delitzsch, vom liberalen Nationalverein gezeugt worden, wie man das macht. In Leipzig wurde von einem bürgerlichen Verein eine besondere Abteilung für die Arbeiter errichtet, die aber selbstverständlich unter der Vormundschaft des Hauptvorstandes des Gesamtvereins stand, dessen Mitglieder Professoren und bürgerliche Politiker, Fabrikanten, Kaufleute u. waren. Volkshilfsvereine und Arbeiterbildungsvereine existierten damals in großer Zahl in allen Teilen Deutschlands; in denen die Arbeiter unter bürgerlicher Leitung standen. Solche Vereine bestanden auch heute noch. Es sei nur auf die katholischen Gesellenvereine hingewiesen, an deren Spitze obligatorisch als Präses ein katholischer Geistlicher steht. In den katholischen Arbeitervereinen ist es ähnlich, und aus Furcht vor dem Selbständigwerden der Arbeiter, die sich dann dem Gängelbande der Geistlichen und bürgerlichen Zentrumsmitglieder entziehen und den freien Gewerkschaften als Mitglieder anschließen könnten, sind von den Machern des Zentrums auch die christlichen Gewerkschaften gegründet worden. An der Spitze der sogenannten „evangelischen Arbeitervereine“ stehen ebenfalls Geistliche, Fabrikanten und andere bürgerliche Elemente und Politiker. Mit den berüchtigten „Wohlfahrtsvereinen“ in den privaten und staatlichen Betrieben wird die gleiche Politik verfolgt.

Als 1862 Berliner Arbeiter den Gedanken der Einberufung eines deutschen Arbeiterkongresses diskutierten, sagte ihnen der „König im sozialen Reiche“, Schulze-Delitzsch, offen in der großen Versammlung ins Gesicht, daß sie dazu noch nicht reif seien, daß sie also erst mit dem politischen ABC anfangen und als große Kinder Politik lernen müßten. Er würde dann so liebenswürdig gewesen sein, den glücklichen Moment festzuhalten, an dem die deutschen Arbeiter politisch reif geworden. Der Nationalverein antwortete auf die Anfrage des berühmten Leipziger Zentralkomitees betreffend Ermäßigung der Beitrittsgebühren und der Beiträge für Arbeiter, um ihnen die Mitgliedschaft zu ermöglichen, daß der Beitritt gar nicht notwendig sei, die Arbeiter mögen sich als die „geborenen Ehrenmitglieder“ des Nationalvereins betrachten. Mit solcher blöden Schindluderpolitik wollte man das Ansehen, die Organisation, die politische Schulung und Selbstständigkeit der Arbeiter verhindern und hintertreiben.

Die ganze Arbeiterpolitik der besitzenden und herrschenden Klassen charakterisiert sehr zutreffend in wenigen Worten Friedr. Ab. Lange in seiner Arbeiterfrage: „... Wenn man die Staatsmänner und Realpolitiker, die Fabrikherren und Grundbesitzer neben ihren ergebenden Dienern in der Presse ganz heuchlich und vertraulich bei Kundgebung ihrer wahren Ansicht belauschen könnte, so würden die meisten sagen: die Arbeiterfrage ist die Frage: wie bringen wir die Arbeiter zu ihrer früheren Zufriedenheit zurück? Natürlich mit dem Minimum von Opfern und Kosten und so, daß sie nicht übermütig werden.“

Genau so ist es noch heute, wofür als Beweis nur auf das emige Gejammer der Unternehmer und ihrer Handlanger über die „sozialpolitischen Lasten“, auf die Opposition gegen deren weitere Vermehrung und auf das oberflächliche Gerede des Grafen Posadowsky im Reichstag hingewiesen sei, daß die „Rente“ das deutsche Volk entmerte, demoralisierte und sein einziges Ideal sei die „Rente“ der Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung, die oft nur wenige Pfennige pro Tag beträgt und zum Leben zu wenig, zum Sterben gerade ausreichend ist.

Die Veruhigung und Befriedigung der Arbeiter muß billig sein und läßt sie sich nicht durch „Wohltaten“ erreichen, dann durch Gefühlsordnung, Zuchtigungsrecht, Vorenthaltung des Koalitionsrechtes u. gegenüber den landwirtschaftlichen Arbeitern, den hauswirtschaftlichen Bediensteten u., eventuell noch durch Beschränkung der Freizügigkeit, Bestrafung des Kontraktbruchs u. s. w. Darum fordern auch die kapitalistischen Scharfmacher im gleichen Atemzuge, da sie über die „sozialpolitischen Lasten“ jammern, Entziehung der Arbeiter durch weitere Einschränkung und Stillfischmachung des Koalitionsrechtes, durch weitere Verschärfung des Schutzes der Streikbrecher, durch Entwertung des Reichstagswahlrechtes u. s. w. Läßt sich die Arbeiterklasse nicht verwalten und verbummen, so daß sie gegen das wertlose Einseitigkeit einiger Wohltäter auf ihr Erbgebührenrecht, auf ihre Menschenrechte verzichtet, so soll sie dergewaltig, mit Gewalt niedergehalten und an der Betätigung ihrer Unglückseligkeit gehindert werden.

In der Auffassung, daß die Arbeiterklasse niedergehalten werden muß, weil es immer Arme und Reiche gegeben hat und geben muß, weil niemand die körperlich anstrengenden und unangenehmen Arbeiten verrichten würde, wenn alle Menschen wirtschaftlich und sozial gleichgestellt wären und endlich, weil die bestehende kapitalistische Wirtschaftsordnung aufrechterhalten werden muß — in dieser Auffassung sind alle bürgerlichen Parteien einig, von den „Freisinnigen“ bis zum Zentrum, von den Nationalliberalen bis zu den Konservativen, und darum bekämpfen alle unterchiedslos die Arbeiterpartei, die sozialdemokratische Partei. Die anderen bürgerlichen Parteien richten auf Kommando der Regierung wegen der Verweigerung des Nachtragskredits von 29 Millionen Mk. für Südwestafrika ihren Kampf allerdings auch gegen das Zentrum und sie bilden dabei eine Art Kartell oder Block, wie wir es 1887 und 1898, hier unter Führung des damals einflussreichen nationalliberalen Führers und preussischen Finanzministers Miquel, erlebten. Über sie stehen gleichzeitig in voller Übereinstimmung und in ideellem Bündnis mit dem Zentrum im Kampfe gegen die Sozialdemokratie, der alle den Kampf bis aufs Messer ankündigen.

Wie auf wirtschaftlichem Gebiet bei den Unternehmern sofort alle Differenzen ausgeschaltet und zurückgedrängt werden und die ungetriebene Einigkeit hergestellt wird, sobald es gegen die Arbeiter geht, so sehen wir den gleichen Vorgang auf politischem Gebiet. Und da ist denn auch der „Bruderzwist“ mit dem Zentrum nur eine interne Familienangelegenheit der bürgerlichen unter sich, die den gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen sozialdemokratischen Feind nicht berührt. Das Wort von der „einen reaktionären Masse“ findet in diesem Wahlkampf seine neuerliche Bestätigung, nachdem es ja allerdings im großen ganzen immer gilt und von den bürgerlichen den Arbeitern gegenüber in diesem Sinne gehandelt wird.

Noch in einer anderen Beziehung betätigen die bürgerlichen ihre arbeiterfeindliche Politik. Die, die bei der Wahl auf Millionen Arbeiterstimmen angewiesen sind, die während jeder Wahlbewegung den verwegenen Stimmengang in den Arbeiterkreisen treiben und die Arbeiterfreundlichkeit selbst sind, sie stellen bisher keine Arbeiterkandidaten auf, weil sie die Arbeiter ausnahmslos als mit dem „beschränkten Untertanenverstand“ behaftet und in wirtschaftlicher Knechtschaft bestialisch niederhalten, nicht an der Verwaltung und Leitung des kapitalistischen Staates teilnehmen lassen wollten. Unter den circa 105 Abgeordneten des Zentrums im aufgelösten Reichstag befand sich ein einziger Arbeitervertreter, der christliche Gewerkschaftssekretär Giesberts, während die übrigen 104 Abgeordneten Grafen, Barone, Freiherrn, gewöhnliche Adelige, bürgerliche Großgrundbesitzer, Bauern, Advokaten, Richter, Geistliche, Fabrikanten, Handwerksmeister und dergleichen waren. Dabei will das Zentrum Volks- und Arbeiterpartei sein, die Arbeiterinteressen vertreten und der sozialdemokratischen Partei den nur ihr allein zukommenden Ehrennamen der Arbeiterpartei streitig machen. Sämtliche übrige bürgerlichen Parteien hatten keinen einzigen Arbeiter aufzuweisen, ihre Zusammensetzung im Reichstag entsprach ungefähr der des Zentrums, nur wiesen sie weniger Pfaffen unter ihren Abgeordneten auf als dieses. Um rühren sich aber die christlichen Arbeiter und sie, die das ganze Jahr in dreifacher verlogener Weise mit ihrer „gewerkschaftlichen Neutralität“ haufieren gehen, die ebenso dreist und verlogen ihre angebliche Unabhängigkeit von der Zentrumsparthei erklären, fordern nun in dieser Wahlbewegung von derselben Partei die Überlassung von mehreren Mandaten für Arbeiterkandidaten, ob mit Erfolg und mit welcher Art von Erfolg bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall aber kann die Arbeiterpartei nicht auf „christliche“ Vertreter bauen, denn wie zum Beispiel die Erfahrungen im bayerischen Landtag lehren, treiben sie mehr bürgerliche Politik als Arbeiterpolitik und durchkreuzen und vereiteln die ehrlichen Bemühungen der sozialdemokratischen Vertreter zur energischen Wahrnehmung der Arbeiterinteressen. Auch der Arbeitervertreter Giesberts im aufgelösten Reichstag hat recht wenig geleistet, so ziemlich alles war seine Kritik an dem Gesetzentwurf betreffend die Reichszugehörigkeit der Berufsvereine.

Gegenüber dem proklamierten einheitlichen Kriege aller bürgerlichen gegen die sozialdemokratische Arbeitervertretung, gegenüber der bürgerlichen Sammelpolitik, durch die die Sozialdemokratie an die Wand gedrückt werden soll, ist unsere Taktik, die Taktik der unabhängigen, der politisch selbständigen und politisch reifen Arbeiterklasse, gegeben, sie lautet: Proletarische Sammelpolitik! Der Einigkeit der besitzenden und herrschenden Klassen gegen die Arbeiter müssen wir unsere Einigkeit auf der ganzen Linie entgegenstellen und mit den Worten des sterbenden Altlinghausen in Schillers „Wilhelm Tell“ möchten wir allen Arbeitern zurufen: „Seid einig — einig — einig!“ Es gilt, die großen Erfolge von 1903 zu behaupten und weitere, neue große Erfolge dazu zu erzielen. Waren 1903 81 Mandate und über drei Millionen sozialdemokratische Stimmen der imposante und gewaltige Erfolg der Arbeiterpartei, so sollten es 1907 100 Mandate und vier Millionen Stimmen sein. Von den 13½ Millionen Reichstagswählern, die heute vorhanden sind, sollen acht Millionen Arbeiter sein. Stimmen vier Millionen davon für die sozialdemokratische Partei, so verbleiben immer noch vier Millionen Arbeiterstimmen, die zum größten Teil den bürgerlichen Parteien, den Gegnern und Feinden des arbeitenden Volkes zufallen, zum kleineren Teil überhaupt nicht zur Geltung kommen, weil sie nicht abgegeben werden. Das offiziöse Organ der Regierung, die in Berlin erscheinende Norddeutsche Allgemeine Zeitung, konstruiert die „Partei der Nichtwähler“, die über dreieinhalb Millionen Stimmen zählt und an die die Regierung sich direkt und speziell wendet, um Sozialdemokratie und Zentrum zu schwächen, eine kolonialpolitische Majorität im Reichstag zu erhalten und sodann die verwegene Kolonialpolitik und unge-

lose Wasserpolitik treiben zu können. Der größte Teil der dreieinhalb Millionen Nichtwähler sind zweifellos Arbeiter und sie gilt es daher für unsere Partei, für die sozialdemokratische Arbeiterpartei zu gewinnen.

Große Aufgaben harren des neuen Reichstags, Aufgaben, die ihm die Reaktion zumutet und solche, die die Arbeiterschaft, die sozialpolitischen und demokratischen Bedürfnisse ihm stellen. Das wenige gute, das besteht, soll erhalten bleiben, während gerade dieses die Reaktion beseitigen will. Arbeiter- und volksfeindliche Gesetze und Einrichtungen sollen abgeschafft und für den Fortschritt auf allen Gebieten die Bahn frei gemacht werden. Dazu gehört vor allem eine starke und immer mehr erstarkende Arbeiterpartei, eine starke Arbeitervertretung im Reichstag, und um sie zu erreichen, muß auf der ganzen Linie die proletarische Sammelpolitik getrieben, müssen die indifferenteren Massen ausgerüttelt, müssen alle kleinen Reibereien und Differenzen ausgeglichen und vergessen werden und muß am 25. Januar jeder Arbeiter mit einem sozialdemokratischen Stimmzettel ausgerüstet den Gang zur Urne machen.

Wir sind überzeugt, daß die Metallarbeiter, daß alle unsere Kollegen am Wahltag auf dem Posten sind und ihre Pflicht erfüllen und so zur Erringung eines großen sozialdemokratischen Wahlsieges beitragen werden. Der 25. Januar 1907 muß zu einem Gedenktag in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung werden, so daß wir mit Goethe sagen können, was er nach der Schlacht von Valmy zu deutschen Offizieren sagte: „Von hier und mit heute beginnt eine neue Epoche der Weltgeschichte und ihr, ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen!“

Aus dem Reiche des Hofpredigers a. D. Stöcker.

II.
Mit den sanitären Einrichtungen sieht es auf den Siegerländer Werken nicht besser, sondern schlechter aus als zum Beispiel im Ruhrgebiet. Wir sagten schon: Speiseräume können, auch wenn solche vorhanden sind, unter den obwaltenden Umständen den Feuerarbeitern nichts nützen, weil die Leute ununterbrochen im Betrieb bleiben müssen. Wo aber Speiseräume existieren, spotten sie oft jeder Beschreibung. Ein auf Reinlichkeit achtender Mensch wird sich nicht in einem Raume zum Essen aufhalten, der unvorstellbar ekelhaft schmutzig ist. Auf der Sieg-Lothringer Hütte Abteilung Siegen befindet sich ein „Speiseraum“, der auf uns den Eindruck macht, als würde er nie gereinigt. Nicht neben diesem „Speiseraum“ liegt der offene Abort, dessen erstickende Dünste auch den „Speiseraum“ erfüllen! Ein Kulturmensch wird diesen stinkenden Ort nicht betreten. Das Werk liegt an der Hauptverkehrsstraße. Wunderbar, daß von diesen leicht zu ermittelnden Zuständen Herr Stöcker nichts erfährt, während uns die Arbeiter gleich auf diesen „Speiseraum“ verbunden mit „Abort“ hinweisen. Von dem Speiseraum der Rolandschütte in Weidenau urteilen die Arbeiter: „Unter allem Luder!“ Und die Leute sind wahrhaftig nicht verwöhnt. Der „Speiseraum“ der Marienhütte in Eisfeld ist eine selten gereinigte Bude, zu der Wind und Wetter reichlich Zutritt haben. Im Blechwalzwerk von Steinhausen & Co. in Eisfeld ist Waschküche und Speiseraum eins.

Zimmerhin ist doch auf diesen Werken der Versuch gemacht, den Arbeitern Gelegenheit zu geben, ihre Speisen außerhalb des Betriebs einzunehmen. Auf den meisten Werken ist aber auch dieser Versuch unterblieben. Entweder hocken die Arbeiter mit ihrem Essentopf im Freien, auf dem Schotthaufen, oder — was meistens geschieht — der Hüttenmann verzehrt inmitten des Metallstaubs, der Dampfröcke und des sonstigen Schmutzes seine Speisen. Man nimmt also nicht einmal soviel Rücksicht auf das Wohlbedfinden der Arbeiter, daß man ihnen eine reinliche Bude zur Verfügung stellt, wo sie mit Appetit ihr Mahl verzehren können. Die Kosten einer Mannschaffstube sind ganz unbedeutend; um so mehr beweist ihr Fehlen, wie tief jene Unternehmer die Arbeiter einschätzen.

Geht man den Werkanlagen entlang, dann kann man an irgendwelchen Pfosten die Kleider der Arbeiter hängen sehen. Die Feuerarbeiter sind während ihrer Tätigkeit nur mit dünnen blauen Leinwandhosen und ditto Kittel bekleidet; manchmal nur mit den blauen Hosen, zum Beispiel beim Puddeln. Trotz dieser dünnen Bekleidung rümpfen die Leute der Schweiß in Strömen vom Körper. Wie notwendig wäre für diese Schweißgeplagten nach der Schicht eine sofortige Waschung des schweiß- und schmutzbedeckten Körpers! Wie sehr würden regelmäßige Bäder die Gesundheit dieser Schweißgebabekten stärken! Aber gibt es in den Hüttenwerken Badeanstalten? Gibt es überhaupt stets Gelegenheit zur Waschung? Herr Stöcker weiß es nicht, obgleich er 25 Jahre den Hüttenarbeiterkreis Siegen „vertritt“.

Von keinem Werke im siegen-nassauischen Industriegebiet ist uns das Vorhandensein auch nur halbwegs genügender Waschküche und Badeanstalten berichtet worden! Dort und da sind kleine Brausebadestuben oder einige Wannenbäder angelegt, zum Beispiel auf der Friedrichshütte in Kirchen, Sieg-Lothringer Hütte Abteilung Saiger, Charlottenhütte in Niederschelden, Huberus in Wehlar. Auf viele Hundert Arbeiter entfallen je einige zwanzig Brausen. Auch das muß noch anerkannt werden gegenüber den Werken, die in dieser Hinsicht den Arbeiterschutze ganz vernachlässigten. Dort ist der schweiß- und schmutzbedeckte Arbeiter auf einen Fleckchen als Waschküchlein angewiesen. Die Waschung geschieht ebenfalls in den Betriebsstätten. Wenn man sich nun vorstellt, daß die Betriebs-

anlagen durchweg sehr zügig sind, der sich bis auf den Leibriemen entblößende Arbeiter erhebt, durchschneidet ist, so weiß man, woher die ungewöhnlich hohe Zahl der Erkältungs-krankheiten und rheumatischen Leiden gerade unter den Feuerbetriebsarbeitern stammen. Was durch diese ständliche Verschmutzung der Arbeitergeundheit der Arbeiterbevölkerung an Leben und Schäden zugefügt wird, ist unmeßbar. Aber auch die Volkswirtschaft erleidet infolge frühzeitiger Vöschung der Leistungsfähigkeit dieser hochwichtigen Arbeitergruppe fortgesetzt schwere Verluste. Einige hundert Mark — und wenn es ein paar tausend wären — Ausgabe für die Einrichtung anständiger Wasch- und Badeanstalten würden sich zehnfach rentieren. Immer wieder müssen wir den Mangel einer besonderen öffentlichen Statistik über die Erkrankungen der Feuerarbeiter beklagen; sie würde zweifellos ganz ungewöhnlich hohe Krankheitsziffern ergeben. So fehlen uns auch die entsprechenden Mitteilungen über die Arbeitererkrankungen der siegerländisch-nassauischen Hüttenwerke. Daß unter die in erster Linie von Lungenerkrankungen (Lungenschwindsucht, Tuberkulose) heimgeführten Arbeiter die der Hütten- und Walzwerke gehören, ist aus den Veröffentlichungen des Reichsversicherungsamtes zu entnehmen. Ein anderes Merkmal als hohe Unfallziffern, weil über den Durchschnitt sich erhebende Krankheitsfälle kann die übliche Hüttenbetriebsmethode ja auch nicht zeitigen. Nicht nur regelmäßige, schwere Zwölfstundenschicht, sondern auch Ausdehnung der Arbeitsdauer bis zu 24 und 36 Stunden, nicht einmal regelmäßige Sonntagruhe, dabei meistens fehlende Einrichtungen zur Körperpflege nach vollbrachter Schicht — was kann da Gutes für die Arbeitererschaft herauskommen?

Wie legt der Kulturmenschen peinlich Wert auf geäuberte Kleidung! Aber in den siegener Hüttenwerken steht den meisten Arbeitern nicht einmal ein Spind zur Aufbewahrung der Oberkleider zur Verfügung. Schmutz und gasigen Dunst ansiehend, hängen die Röcke in den Winkeln umher, eine dichte Staubschicht lagert auf den Kleiderfüßen; oft sind sie durchnäßt von dem einströmenden Regen, wenn der Arbeiter sie am Schichtschluß anzieht. Wie oft ist es auch schon vorgekommen, daß umherstrebende Funken die schutzlos dahängenden Kleidungsstücke in Brand setzten! Schadenlos verläßt der Unternehmer nicht, er achtet aber auch keine sicheren Aufbewahrungsräume ein. Für den Arbeiter ist alles gut genug, er kann die bestaubten, verbrannten oder durchnäßten Kleider anziehen, durchschneidet und beschneidet den Weg nach seiner Wohnung antreten. Eine wahrhaft empörende Verschmutzung der Menschenwürde des Arbeiters!

Wer der Ansicht ist, den im glühendheißen Betriebsraum schuftenden Arbeitern würde wenigstens stets genügend und gutes Trinkwasser geliefert, der irt sich sehr. Wir selbst haben uns überzeugt, daß die Laugungen Trinkwasser in einem total verschmutzten Gasser herbeiholen, aus dem sich ein Pferd zu trinken genieret hätte. Wo gutes Trinkwasser an leicht erreichbarer Stelle beschafft ist, da erkennen dies die Arbeiter lobend an; auch die Lieferung von kaltem Wasser. Daß infolge der fürchterlichen Hitze die Kehle trocken wird, die Schleimhäute austrocknen, ist wohl begreiflich. Wenn dann kein erfrischendes Wasser zur Stelle ist, leiden die Leute sehr, sie greifen dann zu dem schlechtesten Wasser oder genießen alkoholhaltige Getränke. Aus unserer Erfahrung wissen wir, daß die meisten Feuerleute an Magenkrankheiten leiden, die Folgen der sehr unregelmäßigen Ernährung und des Genusses schlechten Wassers sind. Beide Ursachen führen auch zu dem starken Alkoholgenuß, der infolge des herrschenden Betriebssystems gerade unter den Feuerarbeitern oft fast grassieren muß. Wenn Herr Stöcker zugunsten würde, seinen Dunst aus den monatlich ungläublich kostbaren Wasserbehältern, in denen auch Ungeziefer vorkommt, zu löschen, er würde sich gewiß mit Recht bedanken. Unsere Hüttenarbeiter aber wird so ein einfacher Trunk zugunsten!

Von der Ventilation, der Auslüftung der Betriebsstätten ist zu sagen, daß sie entweder auf „natürlichen Wege“ geschieht — Wind und Wetter fegen durch die Röhre, der Regen stürzt durch die „Dächer“ auf die Arbeiter herab — oder es herrscht eine Atmosphäre zum Ersticken. Nach dem oben bereits schon eine empörende Geringschätzung der Arbeitergeundheit. Grundsätzlich ist heranzuweisen in den Siegerländer Hüttenwerken. Wir konnten mehrere Stunden während der Mittagspause beobachten; selbst in dieser betriebslosen Zeit war die Atmosphäre erstickend. Die Ausdünstungen der feinsten Formate vermischt sich mit den schweißigen Gasen, die den Schmelzöfen und Zunderöfen entströmen. Kann man das in dem Dampf eine kleine Öffnung zum Abzug der Gase vorhanden ist. Keine ventilierende Vorrichtung! In dieser Schwandpuffschicht können die Arbeiter viele Stunden lang vor den Formuläten, atmen die Luft ein, hier sind trotzdem Doppelschichten und 36stündige Arbeitszeit nicht selten. Wie was die Leute erzählen, können sie monatlich

vor Kopfweh nicht weiterarbeiten, müssen an die frische Luft gehen. Bekanntlich leiden die Formereiarbeiter besonders stark an Erkrankungen der Lunge. Eine gute Ventilation könnte vieles bessern. Nun noch etwas über das „appetitliche“ Thema der Bedürfnisanstalten. Es läßt sich leider nicht umgehen. Was wir an Aborten auf siegener Werken gesehen haben, spottet jeder Beschreibung. Zu empfehlen ist der Behörde die Beschäftigung der Hinterfront des dicht an der Straße gelegenen Werkes der Firma Schleifenbaum & Mattner in Siegen. Dort liegt ein Abort, hinten offen, der Kot fällt in ein offenes Loch, verpestet die Atmosphäre unbeschreiblich. Auf der Sieger-Lothringerröhre Abteilung Siegen sind etwa ein halbes Duzend Aborte in einem Rondell zusammengestellt. Tritt man in den dunklen Raum, dann bekommt man fast einen Ohnmachtsanfall, so fürchterlich ist der Gestank. Die Sitzbretter sind sehr aufgenagelt (!), damit die Arbeiter sich nur ja nicht zu lange auf dem „Nebelplatz“ aufhalten. Wie im einzelnen die Sitze aussehen, kann hier aus Reinlichkeitsgründen nicht geschildert werden. Aber die Arbeiter müssen diese Gestankhaftigkeiten ertragen. Nicht neben dem entsetzlichen Kothaufen liegt — der Speisezaum für Arbeiter! Herr Stöcker, ist das kein Grauel? Bismarcklich noch empfindlicher fanden wir den Abort auf dem Werke Schleifenbaum & Mellmer. Dort ist es ein enger Kasten von guter Raumhöhe. Offen! Der sein Bedürfnis verrichtende legt sich auf einen runden Pfosten; damit der Mensch nicht in das Kotloch fällt, ist zum Anlehnen des Rückens ein zweiter runder Pfosten angebracht. Als wir diese Stätte besichtigten, war der Kot aus dem Loch herausgetreten, trat der, der die „Anstalt“ benutzte, mit den Füßen in den Menschengrot! Arbeiter des Werkes erzählten uns, im Sommer sei der Abortzustand noch fürchterlicher gewesen, der Kot sei verdünnt durch Regen, in einer breiten Rinne fortgelaufen! Nach der Verfertigung der Leute soll dieser Standal wochenlang gedauert haben! Koch als wir dort waren, mußten dem Kulturmenschen schon Erbrechengefühl überkommen, wenn er die Schweinerei nur betrachtete. Die Hüttenarbeiter aber müssen diesen für Schweine noch zu schmutzigen Ort benutzen! Die drei genannten Werke liegen nicht abseits, sondern an der Hauptverkehrsstraße. Die Arbeiter klagen, so sehe es nun schon sehr lange aus. Herr Stöcker aber, der doch häufiger nach Siegen kommt, der sich mit Stolz rühmt, den Streik 25 Jahre zu vertreten, weiß nichts von ständlichen Missetaten auf den Werken in seinem Reich.

Über schmutzige Aborte, die in der Hauptsache keine Sitzbretter, sondern nur Balken haben, wurde uns jener berichtet von der Hainer Hütte, der Rolandhütte, von Jung in Wehlar, Heße & Schulte in Weidenau. Manche Arbeiter sind durch die Gemohnheit leider abgestumpft. So erklärten uns einige Hüttenleute, ihre Aborte seien gut; als sie dann genauer geschildert wurden, waren es schickliche Anstalten. Charakteristisch ist, daß in der Regel für die Arbeiter sehr saubere, separate Bedürfnisanstalten existieren, die regelmäßig geschmückt werden. Die Aborte der Arbeiter erfahren aber stückweise wochen- und monatlang keine Reinigung, Schmutz und Ungeziefer macht sich breit — für die Arbeiter hält man aufeinander das Schlimmste für gut genug. Wer nur diese Bedürfnisanstalten betrachtet, dem offenbaren sie, wie unglücklich gering der Arbeiter von gewöhnlichen „Abseits“ eingeschätzt wird. Mit geringer Mühe, ohne nennenswerte Kosten, wären anständige Aborte einrichtbar, würde ihre regelmäßige Reinigung erfolgen. Aber es geschieht nicht. Zur Strafe für diese empörende Geringschätzung der Arbeiterwohlthat müßten die betreffenden Unternehmer gezwungen werden, mindestens einen Monat lang die „Stricker“ des Hüttenarbeiterbundes zu „genießen“.

Wir bedauern, daß wir nicht ganz eingehend die siegener Hüttenverhältnisse inspicieren konnten. Wie schon gesagt, uns hinderten daran die verschlossenen Schloßer, dann die Furcht der Arbeiter vor Wasserleitung. Hätten wir ungehindert die ganzen Werkanlagen besichtigen können, wären unsere Ermittlungen zweifellos noch ungewisser reichhaltiger geworden. Man beachte, daß erfahrungsgemäß die nahegelegenen Werke noch am besten auf Ordnung halten, weil sie jederzeit den Besuch der auswärtigen Inspektoren zu erwarten haben, die den weit abseits gelegenen Anlagen weniger Aufmerksamkeit widmen kann, da das Inspektionspersonal viel zu gering ist. Da sich unsere auf Angaben der dort beschäftigten Arbeiter gestützten Ermittlungen fast durchweg auf ein den Hauptverkehrsstraßen liegende Werke beziehen, so mag man sich vorstellen, wie es anderswo aussehen kann. Unsere am 17. Februar 1906 im Reichstag abgegebene, auf die Beschuldigungen Stöckers antwortende Erklärung, die Hüttenarbeiterverbände im Siegerland seien eher noch schlechter, als die des Ruhrgebietes, gründete sich auf kurze Mitteilungen siegener Arbeiter. Was wir vorstehend ergänzend ausführen, bestätigt vollkommen diese Mitteilungen.

Was hatten wir am 6. Februar 1906 behauptet? Die Hüttenleute seien überanstrengt in unmenslich langer Schichtzeit. Sind denn zwölfstündige Schichten im Feuerbetrieb nicht überlang genug, darf man 24- und 36stündige Arbeitszeiten nicht unmenslich nennen? Weiter behaupteten wir einen gesundheitsverfüllenden Mangel sanitärer Werkseinrichtungen. Gehören denn Anstalten zur Körperreinigung, anständige Speisekammern, Kleiderbewahrschubben, Trinkwasserbeschaffung und stets benutzbare Bedürfnisanstalten nicht zu den notwendigsten sanitären Einrichtungen? Wie es aber damit auf den Werken im Reich des Herrn Stöcker aussieht, ist hier dargelegt und kann jederzeit nachgeprüft werden. So wie wir die Zustände im September 1906 antzafen, sind sie von uns geschildert, ohne Übertreibung, ohne Verallgemeinerung, eher zu milde als zu schroff.

Dat von alledem Herr Stöcker niemals etwas gehört? Gesprochen hat er von den Missetaten auf den Hüttenwerken seines Wahlkreises wenigstens im Reichstag nicht. Im Gegenteil, er hat behauptet, daß das, was wir allgemein über die schutzbedürftige Lage der Hüttenarbeiter sagten, Unwahrheiten, „Schauermärchen“ seien. Im Siegerland käme so etwas nicht vor. Und nun?

25 Jahre ist Herr Stöcker fast ununterbrochen Vertreter des Siegerländer Hüttenbezirks, ohne sich um die wirklichen Verhältnisse der Hüttenarbeiter gekümmert zu haben! Das kennzeichnet ihn als Volksvertreter zur Genüge. Wenn ihm die Arbeiter niemals ihr Leid klagten, so ist das bezeichnend für das Verhältnis der Wähler zu ihrem Abgeordneten. Aber der Abgeordnete hat die Pflicht, sich Kenntnis von den sozialen Zuständen seines Wahlkreises zu verschaffen! Auf dieser Kenntnis allein kann die zweckmäßige gesetzgeberische Tätigkeit basieren. Sich auf die Gewerbeinspektion verlassen, wie es Herr Abgeordneter Burkhart tut, zeigt auch, wie wenig er von den tatsächlichen Verhältnissen weiß. Besonders, wenn man in „christlich-nationaler Arbeiterpolitik“ macht, wie die Herren Stöcker und Burkhart, mußte man längst zu den Hüttenarbeitern gegangen sein, um ihre Lage kennen zu lernen und sie dann im Parlament zur Sprache bringen. Das hat Herr Stöcker nicht getan! Ist das „christlich-nationale Arbeiterpolitik“?

Schließlich noch ein paar Worte über die von Herrn Stöcker empfohlenen „christlich-nationalen, verständigen, sozialen Gedanken“. Andere Leute sind über die Art, wie die Parteigenossen Stöckers in Siegen-Nassau „christlich-soziale Gedanken“ verbreiten, entgegen-gesetzter Ansicht wie Herr Stöcker. Wir wollen nicht von Sozialdemokraten reden, sondern von christlich-patriotischen Arbeitern und Auserungen der Unternehmer, die Herr Stöcker vor der „roten Fahne“ behüten will.

Da ist zunächst das Organ des „lokalen Grundrisses“ aufgebaut, „Verbandes christlich-national gesinnter Arbeiter“ im Siegerland, die von Herrn Breidebach redigierte Christliche Arbeiterzeitung. Dieses Blatt beschuldigt (unter anderem in ihrer Nummer vom 24. November) besonders den Parteigenossen des Herrn Stöcker, Herrn Franz Behrens, er hebe die siegener Arbeiter in gewissenloser Weise gegen die „Arbeitgeber“ auf; er erbat sich aus agitatorischen Gründen radikal, wie die Sozialdemokraten. Schon sei dadurch viel Unglück über die siegener Arbeiter gekommen, zum Beispiel der verunglückte Streik auf Grube „Glücksbrunnen“. Herr Behrens verfolge den Zweck, durch sein radikales Auftreten dem siegener Arbeiterverband die Mitglieder wegzulapern. Da dies an dem Widerstand Breidebachs scheiterte, sei die Parole ausgegeben: „Breidebach müsse mit Gewalt unter die Füße!“

Also der „christlich-nationale“ Arbeitersekretär Breidebach beschuldigt Stöckers Parteigenossen Behrens, er übe gewalttätigen Terrorismus aus, um eine „christlich-nationale“ Organisation der siegener Arbeiter zu vernichten, weil sie nicht gerade so wolle, wie die Stöckerpartei dithere.

Wie urteilen die Unternehmer? Im letzten siegener Handelskammerbericht heißt es: im Revier würde „um die Gunst der Wähler buhlend“ rücksichtslos und einseitig die Agitation unter den Arbeitern betrieben. Wenn die Agitatoren auch Königstrue (!) und Vaterlandsliebe (!) beteuerten, so wirkten sie doch zwischen Arbeitern und Unternehmern zerfetzend („destruktiv“) und schädigten dem Gesamtwohl.

Deutlicher noch spricht sich der letzte Dillenburg'sche Handelskammerbericht aus, in dem es heißt:

„Noch ist das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter... nicht an vielen Stellen im Revier geraten. Wo dies aber der Fall ist, da verdanken wir es lediglich der krapellosen Verhehung von ehrgeizigen Agitatoren... Wir halten trotzdem an der Forderung fest, daß sich bei dem be-

Aus Amerika.

Leben und Streben amerikanischer Metallarbeiter.

Von Chagrin.

New York, 10. Dezember 1906.

Der alte, ehrenwürdige Schlosserberuf hat hier ungewöhnliche Leistung erfahren. Dies ist nachgehende zwar auch in Deutschland der Fall, aber lange nicht in dem Maße wie hier. Unter Schlosser versteht man in New York den Locksmith (wörtlich: Schlosser-schloß). Dieser findet seine Stelle in Gebäuden und bei kleinen Kneipen, die nur die Funktion in Schlüssel haben. Seine Beschäftigung besteht hauptsächlich in der Einmündelung: er repariert Schlösser, Abhängelöcher, Schlüssel, usw.; er ist das Rückgrat für alle. Er bezieht sich zum großen Teil auf den Handel. Auf der Straße ist er ein hundert Schritte entfernt von einem mit Glas bedeckten Stand. Neben dem Bergsteiger hat er mit einem Koffer und ungewöhnlichen Requisiten seine Schätze bepackt. In seinen Koffer gleißelt er den Schlüsselbündel, wie wir sie in amerikanischen mehrschichtigen Schloß sehen. Die Zahl der Schlüssel ist ein relativ geringe.

Ein weit größeres Kontingent stellen die Ironworkers (Eisenarbeiter). Diese verfertigen alle Arten Eisenkonstruktionen, Gitter, Latten u. Sie arbeiten nicht in Inside- und Outsideworkers (Innen- und Außenarbeiter). Die ersten arbeiten nur in der Werkstatt, die anderen meistens nur der äußeren Arbeit. Auch diese beiden Kategorien zerfallen wieder in Black-White.

Die Inside Ironworkers gehen mit zu den hochgeschätztesten der Arbeiterklasse. Ihre Arbeit verlangt keine großen körperlichen Fähigkeiten, aber desto intensiveren Fleiß. Der auch irgend einen Stande sich nicht in seine Spezialität einzurichten kann, geht zu den Inside Ironworkers. Und wenn er nur versucht, an der Straße, Schere und Meißel zu handhaben, dann kann er in vielen Fällen schon ein Blackman sein. Der sein Lohn jetzt in ungewöhnlich hohem Maße empfindet.

Der Ironworker ist es, bei den Outside Ironworkers angezogen. Denn hier muß man sich über sehr harte Arbeit setzen, auch die gefährlichsten Gefahren und Sprünge ertragen. Denn

sagt die Union (Gewerkschaft) der Outsiderworkers streng dafür, daß ein Arbeiter niemals einen Stand betritt. Diese Kategorie von Arbeitern stellt sich zweifellos besser. Ihre Arbeit hält strenger auf ihre Satzungen. Da sie außerhalb, auf den Neubauten, beschäftigt sind, können sie leichter von den Kollegen aus den anderen Kategorien der Union bezüglich des Lohnes und der Arbeitszeit unterstützt werden. Auch setzen sie nicht direkt unter Aufsicht und können sich sehr Freiheit erlauben. Nur haben sie in der letzten Jahreszeit mehr mit ungewöhnlichen Feiertagen zu rechnen.

Der Unionlohn soll 5 \$ den Tag sein. Es wäre interessant, zu erfahren, wieviel Eisenarbeiter eigentlich diesen Lohn erhalten. Im allgemeinen wird viel von guter Geschäftszustand, von Arbeitermangel, hohen Löhnen u. dramatisiert. Ist man die amerikanischen Arbeiter selbst, so hat so ziemlich jeder seine 18 \$ die Woche. Mit großen Zahlen zu operieren lohnt sich einmal der Mühe. In Wirklichkeit steht die Sache weniger rosig aus.

Die Frage nach dem Lohn ist die erste oder zweite des arbeitssuchenden amerikanischen Arbeiters. Danachfragen machen die Woche, wenn man 3 \$ für den Tag findet, eine erhebliche Gebühr, die nur eine Danksagung ist. Dies gilt so ziemlich in allen Branchen der Arbeit und in anderen Jobberies. Ganz ähnlich, an der Jahres-einkommen einige Arbeiter haben 1 1/2 bis 2 \$ den Tag. Und die Frauen, Jünger, Mädchen, Kinder müssen sich mit weniger zufrieden geben. Man trifft ja manchmal einen, der 3 \$ hat, aber dieses ist gewöhnlich der Foreman (Arbeitsleiter) oder ein alter Praktiker, der man gerade haben muß.

Der Lohn empfinden, der Durchschnittslohn der Ironworker-arbeiter sei 2 \$ den Tag. Diese Annahme ist von der Realität nicht weit entfernt. Dies wäre nach amerikanischen Verhältnissen ein wenig empfindlicher Tageslohn, wenn die Arbeiter, die „Arbeiter“ 2 \$ den Tag erhalten, sich nach ziemlich hohem Gehalt. Der Arbeiter hat hier mit 2 \$ ungefähr denselben Stand, wie in Mitteleuropa. Die Lebensmittel, Essen, Trinken und auch die Kleidung u. sind hier nicht teuer. Der die Lohnempfinden haben in New York eine un-

* 16 (Zoll) = 40 cm.
- Die offiziell-nationale Lohnempfinden werden mit großer Genauigkeit festgehalten.

erschwingliche Höhe erreicht, eine Höhe, die weder der Berliner noch Züricher Arbeiter kennt. Nun fragt es sich, welchen Aufwand an Kraft u. muß der Arbeiter machen, um 2 \$ zu erhalten.

Ein gewöhnliches, ruhiges Sittensleben kennt weder der Amerikaner im allgemeinen, noch der Arbeiter im besonderen, nicht im Privatleben und in der Fabrik erst recht nicht. Begegnungsweise hat der Amerikaner gar kein Wort für „Gemütlichkeit“. Der Arbeiter ist immer und überall der „Junk errant“ (der ewige Jude) in höchster Potenz. Zunächst mit dem Glockenschlag beginnt er seine Fron; er schnüffelt in buchstäblichem Sinne des Wortes, als ob er einen Gewürzen in der Luft hätte, bis ihn die Fabrikglocke daran erinnert, daß er unterbreiten soll. Damit seine Arbeit recht rasch von flitzen geht, kauft er sich von seinen sauerverdienten Groschen auch noch Werkzeug zum Gebrauch in der Fabrik. Die Arbeit seines ganzen Lebens gleicht einer Steeple chase, das ist eine Jagd, bei der sich das Ziel fortlaufend hinanschiebt. Immer sucht er den anderen zu übertreffen. Daß unter solchen Umständen die Solidarität der Arbeiter keine Förderung erfährt, versteht sich von selbst. Aber wenn irgend in der Welt die Solidarität der Arbeiter notwendig ist, so hier in dem Lande der Unternehmerrückbildung par excellence. Obendrein vollzieht sich diese ungewöhnliche Schifffahrt in Staub- und rauchgeschwängerten Räumen. Der Rauch steigt von unten die Treppen- und Aufzugschächte hinauf durch drei, vier, fünf Stockwerke. Werden die Fenster geöffnet, so herrscht eisiger Zug. Deshalb schließt jeder lieber Rauch und Staub — und haßt weiter. Die Arbeiter können — frei nach Dante — singen:

„Und also bin ich vom Schmutz verschlungen
Und geh' bei Rauch und Dreck zu ewiger Qual!“

Schutzvorrichtungen, selbst die primitivsten, fehlen. Schutz-helme gegen Herabfallen der Schmirgelscheiben, Schutzbrillen und Handschuhe gegen den Schmirgel gibt es nicht. Die Jahrelange der Beschäftigten u. einflussreichen? Überflüssiges Zeug! Die Gänge von Arbeiter und sonstigen Gerümpel fäubern? Warum! Abstritte außerhalb der Arbeitstätte aufstellen kostet Geld, und für den, der sie benutzen will, Zeit. Time is money! Sie stehen hinter einem oder mehreren Brettern, oft neben der Feilbank. Und Spundköpfe? Diese angehängten wäre eine Konzeption an die — Spinnmaschinen!

sonnen-Zelle unserer Arbeiterkass... bald die Erkenntnis Bahn...

„Destruktive Agitation“, „fruppellose Verhegung“ — das sind ja die Kofierworte...

Was wir tun, um die Hüttenarbeiter vor der verderblichen Ausnützung ihrer Arbeitskraft zu schützen...

Wahlmanöver des Reichsmarineamtes.

Es hat die Flottenpatrioten mächtig verschmüpft, daß bei der Reichstagswahl im Jahre 1903 der Genosse Legien als Kandidat...

Dieser fatalen Gewöhnheit hat sich natürlich auch das Reichsmarineamt nicht verschließen können...

Etwas sollen die Arbeiter aber dennoch erhalten: sie bekommen für die Zukunft Ferien...

Das interessanteste an der ganzen Geschichte ist, daß sie ausgerechnet während der Wahlbewegung in Szene gesetzt worden ist...

Hirsch-Dundersche Gewerkvereine und Reichstagswahlen.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben: Durch die Auflösung des Reichstags sind nicht nur die bürgerlichen Parteien...

Arbeiter immer mehr zu schufen sucht, als der andere — dies bei der Zeitlosarbeit und natürlich noch mehr bei der Akkordarbeit...

Seitdem die „freilumige“ Partei im Volke allen Kredit verloren hat und der verdienten allgemeinen Verachtung anheimgefallen ist...

„auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß“, so jämmerlich hilflos und zerfahren unfruchtbar gebärdet sich die grandiose...

So läßt sich in ihren Existenznöten die „einzig wirklich neutrale Organisation aller Metallarbeiter“ von den evangelischen Pastoren...

Unsere Mitglieder mögen auf dem Posten sein und die Kollegen vom Gewerkeverein in den Werkstätten darauf hinweisen...

Theorie und Praxis. „Nicht verbinde das Maul dem Dschin, wenn er drischt!“

Nicht die Welt muß uns ärgern, sondern wir müssen die Welt ärgern.

viel schneller blutig reißt, aufarbeitet, und früher einen Notgroßchen zur Hand haben muß.

Wir wollen gerne annehmen, daß solche trostlosen Zustände nicht in ganz Amerika existieren...

Sie kosten Geld und das Reinigen wiederum. Wenn irgendwo, so wäre in Amerika die Abgabe von Spudnapfen für die Werkstätten...

Verfälschungsbestrebungen bei den Kupferschmiedern.

Der Verband der Kupferschmiede wird vom 2. bis 5. April in Breslau seine sechste ordentliche Generalversammlung abhalten. Die vom Vorstand in Nr. 26 des Verbandsorgans mitgeteilte vorläufige Tagesordnung enthält unter anderem folgende Punkte: „A. Uebertritt zum Deutschen Metallarbeiter-Verband“ und „A. Einführung der Gewerkschaftenunterstützung“. Schon oft sind im Verband der Kupferschmiede Stimmen für den Anschluß an unseren Verband laut geworden. Die Nr. 26 des Kupferschmied vom 9. Dezember 1906 bringt wiederum einen langen, aber sehr instruktiven Artikel eines einflussreichen Berliner Mitglieds unter dem Titel: „Die Einheitsorganisation der Metallarbeiter.“ Es ist uns leider nicht möglich, den Artikel hier ganz wiederzugeben. Da er aber auch für die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sehr interessant ist, wollen wir wenigstens die wichtigsten Stellen daraus abdrucken. Nach einigen einleitenden Bemerkungen führt der Verfasser aus:

Jeder aufmerksame Beobachter der deutschen Gewerkschaftsbewegung wird gefunden haben, daß seit dem Kölner Gewerkschaftskongress eine Reihe von Vorkommnissen in der Arbeitererschaft den Drang nach Zusammenstoß und widerstandsfähigen Organisationen geweckt und gefördert hat. In dieses Kapitel gehört die Verfälschung des Werftarbeiter-Verbandes mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und zum geringeren Teile mit dem Holzarbeiter-Verband. Der Werftarbeiter-Verband, dessen Mitgliederzahl wohl eine steigende Tendenz aufweist, mußte mit 3840 Mitgliedern seine Auflösung beschließen und lediglich deshalb, weil eine auch nur kleine Nachprüfung der Werten den Verband zum Aufhören bringen mußte oder besser gesagt, bei dem größten Opferamt seiner Mitglieder kampfunfähig machen konnte.

Wir haben weiter die Ausperrung in der Berliner Elektrizitätsindustrie im Herbst 1905 zu verzeichnen. Wenn auch hier die Zahl unserer Kollegen eine verhältnismäßig geringe war und zwar 26, die unserer Klasse einen nennenswerten Schaden nicht machen konnten, so konnte bei weiteren bereits angekündigten Ausperrungen diese Zahl bis auf circa 180 answachsen. Das ist aber bereits eine für unseren Verband bedenkliche Zahl und zwar nicht lediglich deshalb, weil diese Zahl circa 2500 Mt. wöchentlich aus unserer Verbandskasse beansprucht, sondern weil sich das Interesse des ganzen Verbandes auf diesen einen Ort beschränkt und die Aktionsfähigkeit, sei es zum Angriff oder zur Abwehr, lähmt.

Die Ausperrungen sind für uns aber erst seit anderthalb Jahren ernstlich in Erscheinung getreten. Sie waren veranlaßt durch Forderungen von Arbeitern, die in Betrieben der Metallindustrie beschäftigt waren, in denen unser Verband eine nur passive Rolle spielt. Er muß sich ganz naturgemäß nur darauf beschränken, die in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen zu unterstützen, eine bestimmende und entscheidende Rolle kann er nicht ausüben, und das ist der Punkt, der von Berlin ausgehend, in einer Reihe von Filialen ein Echo gefunden hat in dem Sinne, daß das Verhalten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gegenüber den Branchenorganisationen nicht dazu geeignet sei, den Uebertritt empfehlenswert zu machen. Wie liegen nun die Dinge?

Die Veranlassung zu dieser eben geäußerten Ansicht war wohl an allen Orten so ziemlich dieselbe und zwar die, daß der Verband der Kupferschmiede, sobald auch nur eine ganz minimale Zahl seiner Mitglieder bei Ausperrungen oder Streiks in Mitleidenschaft gezogen wird, als erhebliche Organisation betrachtet werden will. In Berlin betrug Anfangs bei circa 6000 Ausgesperrten die Zahl unserer Kollegen 8, im späteren Stadium bei 3000 Ausgesperrten 26 und hätte bei Erweiterung der Ausperrung, bei 6000 Ausgesperrten, 180 betragen. Ähnlich, hier etwas mehr, dort etwas weniger, hat es auch in anderen Filialen gelegen. Also, wenn auf 1000 Kämpfer ein Mitkämpfer darunter ist, der Kupferschmied ist, und der oberdreizehnschließlich noch Arbeiter herstellt, die auch ein anderer Metallarbeiter, der nicht künftiger zu sein braucht, herstellen kann, muß für diesen einen die Organisation, die ihre Mitglieder so „ausfüllt“, kann keinen Anspruch darauf erheben, sie vertritt die geistigen Interessen ihrer Mitglieder, denn dieser Geist ist ein fortschrittlicher Geist zu bezeichnen. Wir wollen uns doch vergegenwärtigen, daß bei einer Bewegung, wie die der Formier im Frühjahr letzten Jahres, der Deutsche Metallarbeiter-Verband notwendig die Führung behalten muß. Die Formier stellen Forderungen und treten bei Nichtbeachtung in den Kampf. Die Unternehmener sehen das nun nicht etwa als eine spezifische Angelegenheit an, die nur die Formier etwas angeht, sondern sie stellen die ganze Sache zu einer solchen, die alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter angeht, indem sie auch nichtbetreffende Arbeiter ausperrten, ganz gleichgültig, ob diese anders oder auch gar nicht organisiert sind. ... Scheinbar sind es nur zwei feindliche Heere, jedes mit einer Führung, die sich bekämpfen. Während aber die Unternehmener unter einer Organisation und unter einer Führung ihre Maßnahmen treffen und dadurch selbstverständlich besser disponieren, schwer behaltene Punkte ihrer Position bestreiten, weniger bedrohte Stellen, den Kampfbereitschaft besser praktizieren lassen können u. s. w., tags und nach, den Vorteil der Einheitsorganisation langsam erkennen und auszunutzen haben, heißt das Heer der Arbeitererschaft unter einer Leitung, die mühsam zusammengeklüppelt ist und in der jeder kleine Gemeindegang auch ganz etwas „leben“ möchte. Hier ist der Punkt, wo wir als kleine Branchenorganisation uns zu überlegen haben, ob nach diesen Erfahrungen des letzten Jahres das Angebot unseres bisherigen Standpunktes nicht im Interesse unserer selbst und der Arbeiterbewegung überhaupt liegt und ob nicht unsere Interessen im großen Substanzverlust weit besser und intensiver wahrgenommen werden können.

Ein Heer Teil unserer Kollegen hat diese Empfehlung schon. Die Zahl der Kupferschmiede betrug im Deutschen Metallarbeiter-Verband im Jahre 1896: 108, 1899: 98, 1900: 136, 1901: 148, 1902: 174, 1903: 156, 1904: 258. Also ein paar Kaufmanns, oder höchstens Streiker. Für 1906 wird 1906 liegen nach diese Zahlen nur, sie werden aber früher eine weitere Erleichterung werden. So belang die Zahl der Kupferschmiede in der Verbandsliste Berlin 1904 nur 9 und 1905 bereits 24. Das wiederum weist uns auf eigene Erfahrung, daß in mehreren Filialen Kollegen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehören, die, soweit wir von uns einen unabhängigen Verkehr wahrzunehmen können, zu den unabhängigsten Arbeitern zu rechnen sind. Und weshalb auch nicht?

Die Erklärung wird in einer großen Organisation nur weit höhere Gehaltsgehälter aus in Angriff genommen, als in unserer kleinen. Hier bei uns unterstehen sich die größten Stellen nicht von der Höhe in puncto Wirtschaftlichkeit. Über diese Komplex liegen sie schon schon mehrere Spalten des Verbandsorgans folgen.

Der Verfasser erwähnt dann darauf, daß in einem kleinen Verband, wo die Verwaltungsbüro in den Händen als Ehrenamt gehalten werden muß, auch die Geschäftsverwaltung nur wenigstens sein kann und führt darauf fort:

„Von einer Verwirklichung der wirklich tätigen Kollegen kann unter solchen Umständen nicht die Rede sein und die Folgen sind dem ungeschickten Verbandsorgan. Infolgedessen unsere Kollegen empfangen zu haben, gehen die Verhältnisse großartig und schrecklich auseinander — bis zum äußersten — wo dann die alten Klagen wieder auftauchen und die alte Methode von neuem angewandt wird. Wegen der sehr erheblichen Kollegen wird schließlich nach der Richtung gesagt, daß zunächst im Verbandsorgan zu veranlassen. Weitergehende Schritte liegen nicht vor. Einzelne Stellen müssen eine zeitweilige Anwesenheit werden, aber es ist sehr wenig. Dazu kommt wieder, daß in den meisten Fällen die Zahl der Nichtverbandsmitglieder eine so geringe ist, daß man einer Organisation gar nicht sprechen werden kann.“

Was noch auszuweisen: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat für die Kupferschmiede und speziell für die Mitglieder des Verbands noch nichts getan. Demgegenüber will ich nur auf die ein-

seitliche hinweisen, daß von der 600 Mitglieder zählenden Filiale Berlin rund 140 zu dem Rohrlagererarbeiten, der mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband abgeschlossen ist. Das will besagen, daß fast ein Viertel unserer Verbandskollegen zu Lohn- und Arbeitsbedingungen arbeitet, auf die der Kupferschmiede-Verband gar keinen Einfluß hat und auch nicht haben kann. Dieser Tarif, im Sommer 1905 abgeschlossen, brachte für unsere Kollegen eine Lohnerhöhung auf 67 1/2 Pf. die Stunde und die neunstündige Arbeitszeit. Die Tätigkeit unseres Verbandes scheint also für diese 140 Kollegen jetzt schon aus, er ist für diese lediglich Unterstützungsverein. Ähnliches ließe sich aus anderen Filialen berichten, aber ich will den Raum des Blattes nicht allzu sehr in Anspruch nehmen, es wird sich Gelegenheit bieten, das später noch nachzuholen.

Wenn noch etwas gefehlt hat, die Notwendigkeit des Anschlusses an den Deutschen Metallarbeiter-Verband nachweisen zu müssen, so ist es der Gesetzentwurf betreffend gewerbliche Berufsvereine. ... Darum der Gesetzentwurf mit der Tendenz: „Zersplittere und dann herrsche.“ Dieses Rezept nicht zu befolgen, ist einfache Pflicht der Gewerkschaften.

Auf dem Gebiet der internationalen Gewerkschaftsbewegung sind wir nicht vorwärts, sondern rückwärts gekommen. Nicht allein, daß der Verband unserer österreichischen Kollegen sich dem dortigen Metallarbeiter-Verband angeschlossen hat, die jetzt noch bestehenden Verbindungen mit ausländischen Berufsgruppen sind nach meiner Auffassung nur ein Mittel, um auch ähnliche nicht mehr zeitgemäße Organisationen aufrecht zu erhalten. Wenn mich etwas darin bestärkt hat, so der in Nr. 23 vom 11. November vorigen Jahres enthaltene Bericht über den Kongress des Deutschen Kupferschmiede-Verbandes. Das, was dort geleistet wird, kann selbstverständlich in einem großen Verband besser geleistet werden. Aber leider herrscht auch in Dänemark eine noch erhebliche Gewerkschaftszersplitterung, die gestiftet wird durch Verbindungen mit dem Ausland.“

Der Verfasser beschäftigt sich dann mit den Gründen, die bisher noch den Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband verhindern haben und weist unter anderem nach, daß die früher gemachte Einmündung, der Deutsche Metallarbeiter-Verband habe kein so gut ausgebildetes Unternehmenselement wie der Verband der Kupferschmiede, heute nicht mehr richtig ist. Man kann diesem nur zustimmen. Das die Erwerbslosenunterstützung anbelangt, so ist der Deutsche Metallarbeiter-Verband dem der Kupferschmiede sogar schon vorausgeeilt und die nächste Generalversammlung der Kupferschmiede muß sich mit der Einführung der Erwerbslosenunterstützung beschäftigen. Dazu macht der Verfasser noch folgende treffende Bemerkungen:

„Die versicherungstechnische Erörterung lehrt, daß ein kleiner Kreis von Personen nicht die Gewähr für die sichere Leistung der versprochenen Bezüge bieten kann. Kann dieser Kreis es aber dennoch, so kann er es nur unter hermetischem Abschluß von solchen Personen, die gerade diese Bezüge am allerwenigsten bedürfen. Dann scheiden für uns die Hilfsarbeiter und sonstigen schlechter gestellten Arbeiter, die politisch wie gewerkschaftlich unsere Mitarbeiter sind, aus, und die Beziehung nicht zu Klassenkämpfen, sondern zu Kasten- und Klassenmengen beginnt. Aus der Statistik haben wir dann auszuwählen; für die Allgemeinheit haben unsere Zahlen dann kein Interesse mehr und deshalb haben es sich die vorgeschrittenen Kollegen doppelt zu überlegen, ihre Hand zu Experimenten zu bieten, die eine Sozialentwicklung unserer Kollegen verhindern und nicht fördern. Eine freilich ist sicher. Eine Gruppe von Kollegen wird auch weiterhin den Uebertritt nicht vollziehen. Es wird daselbe Spiel sich wiederholen, wie bei der Gründung des Verbandes. Sie wollten sich nicht trennen von der Faust, von ihrer Gewohnheit nach Handwerksgebräuch, aber sie haben sich trennen müssen. Die Zeit sollte über sie hinweg. Und so wird es jetzt werden.“

Wir wollen hoffen, daß diese Ausführungen von den Kollegen, die gegenwärtig noch im Verband der Kupferschmiede organisiert sind, beherzigt werden. Ferner wollen wir sie noch aufmerksam machen auf den glänzenden Verlauf, den im vergangene Jahre die Bewegungen der Formier und der Goldarbeiter gewonnen haben. Es bedarf keines Nachweises, daß es einem Branchenverband der Formier nicht gelungen wäre, eine solche Bewegung ohne fremde Hilfe durchzuführen. Auch wäre es nicht möglich gewesen, die Bewegung der Goldarbeiter mit so verhältnismäßig geringen Opfern zum Abschluß zu bringen, wenn den Unternehmern nur ein Branchenverband gegenübergestanden hätte. Es wäre indessen ein Fehler, wenn verzweifelt würde, einen Grund auf die Kollegen auszuweichen. Wenn nicht ihre eigene Überzeugung sie zum Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband treibt, so ist es besser, zu warten, bis die weiter fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung ihnen gezeigt hat, daß das Ergreifen der Branchenverbände in der Metallindustrie veraltet ist.

Weißblau — Weißblaugelb? Ober: Ein königlich bayerisches Zwischchen.

In München hat das laute und lustige, schneeweiße, leuchtende, ungeschickte, „zentrale“, linker- und rechte, vor Ministern in Deutschland erprobte, bayerische-königliche Metallarbeiter-Verbandsorgan seinen Sitz. Die Arbeiterorganisation wurde im Anfang des Jahres 1906 gegründet. Die treibenden Kräfte der Gründung sind ehemalige freie Gewerkschaften, die entweder verbannt sind, weil ihre Tätigkeit nicht genügend geschützt werden oder weil die Organisation nicht die Rolle der unabhängigen Streikorgane und Stellenorgane wahrnehmen. Das Organisationsziel soll die Arbeiter der unabhängigen Betriebe in München, Ingolstadt und Augsburg zusammenfassen und es soll weder äußerlich, aber erst recht nicht freigeberlich sein. Man gebudet sich vollständig „zentral“, um bei den Angelegenheiten aber gar den Ministern nicht anzuwenden. Zugleich glaubt man, mit dieser Zentralität die sozialdemokratischen, zentralen- und liberalen Abgeordneten des bayerischen Landtages vor den Augen des Metallarbeiter-Verbandes spinnen zu lassen. Des Sinnens jenseit selber werden die verschiedenen Parteien, so insbesondere die Arbeiter, einander den Rang an die Gewalt der Metallarbeiter abzulassen. Das die bayerische Politik dieses Verbands ist.

Aber auch hber findet die Herrschaft „Zentral“. Der Verband besteht in erster Linie aus Schreibern, und die kann man sich nie so einfach leisten, weil die Beiträge nicht von Einheits- und Ausperrungen oder Arbeitslosigkeit entgegengenommen werden, wie dies bei anderen Organisationen der Fall ist. Ja, man trägt sich hber mit der Folgen des Streiks, Landtagsabgeordneter zu werden. Mit der Verabschiedung, die jenseit Gewerkschaften hätten noch nicht für die Metallarbeiter gelten, wenn man werden wollte, bis diese etwas von werden, wäre man oft werden, wurde die Gründung dieser Organisation ganz im geheimen betrieben. Von der Gründung erfuhr man erst, als sie bekannt war. Der Auftrag der bayerische Minister des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Kollege Schngler, veranlaßte dann sofort eine Sitzung der Führer der freien Organisationen am 22. Februar 1906 mit den Münchener Organisationen, den jenseitigen Gewerkschaften. Und da hat sich ein Schauspiel für Götter. Mit hochheiligem Ernste behandelte man hoch und heilig, das man gar nicht im Sinne ht, eine Sozialdemokratie zu schaffen oder Arbeiterorganisation zu bilden, im Gegenteil, man solle sich mit den freien Organisationen vollständig einig sein, man solle sich nicht auch einen und nach oben nicht werden lassen. Man habe so viele alte Arbeiter, die niemals mehr aus der Arbeitererschaft entlassen werden, und die jetzt bei den hohen Beiträgen der freien Organisationen nicht zur Hilfe zu kommen, ergo könnte man eine eigene, ein knnter Organisation. Man gab schngler sogar noch dem Schreibern Bescheid, das man nicht mehr anders kann, weil der Verband in Ingolstadt und Augsburg schon Jahrzehnte besteht und man gewöhnlich nur nach auf München wände. Das das Zentralität man noch nicht an. Die Herren verweigerten, das die ein 3. März stattfindende Versammlung, einbezogen von der Sozialdemokratie, die Gewerkschaften über die Organisationen den Arbeiter angeschlossen ist. Das ist jedoch die Gewerkschaften? In einem Flugblatt, das bekannt ist, das man nicht den Arbeiter angeschlossen ist.

aufzählt und in devotester Ergebenheit spricht, wurde zu der Versammlung eingeladen. Hier das Flugblatt:

„An die Arbeiter der königlichen Artilleriewerksttten zu München. Veranlaßt durch die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse haben die in den militärtechnischen Instituten Bayerns beschäftigten Arbeiter ihre diesbezuglichen Klagen und Wünsche in einer sowohl ihrem Arbeitgeber, dem Staate, als auch der Volksvertretung unterbreiteten Denkschrift niedergelegt, um auf legalem Wege eine Besserstellung ihrer Lebenslage zu erbitten. Hängt auch zurzeit der endgültige Erfolg dieser Denkschrift noch in der Schwebe, so haben sich doch schon vereinzelte erfreuliche Vorboten bemerkbar gemacht; ab 1. Januar 1906 hat die Heeresverwaltung einen durchschnittlich fünfprozentigen Lohnzuschu gewährt, durch welchen für jeden einschlagigen Arbeiter ohne Unterschied der Lohnklasse eine Erhöhung des Jahreseinkommens um circa 68 Mt. erzielt wird. Neben diesem kngstenden Erfolg darf aber keineswegs der moralische Effekt übersehen werden. Sind doch durch dieses Zugeständnis unsere von gewisser Seite als undurchführbar bezeichneten Wünsche von unserem Arbeitgeber als berechtigt anerkannt worden. Kollegen! So dankbar wir dieses Entgegenkommen der Heeresverwaltung anerkennen, darf uns dieser Erfolg doch keineswegs einschlern und unseren Blick trüben. Lassen wir die letzten Jahre mit ihrem sprunghaften Emporkommen aller Lebensmittelpreise vor unserm Auge vorüberziehen, vergegenwärtigen wir uns, daß innerhalb 5 Jahren eine mehr denn 20prozentige Verteuerung der Lebenshaltung eingetreten ist, so werden wir erkennen, daß diese Aufbesserung eigentlich nur als eine außerordentliche Teuerungszulage zu betrachten ist, die bei weitem nicht ausreicht, um den Kontrast zwischen den früheren und jetzigen Verhältnissen finanziell auszugleichen. Noch nachhaltiger wirkt aber diese Erkenntnis, wenn wir den neuen Zolltarif mit seinen tiefenschnittenden Folgererscheinungen ins Auge fassen. Bedeutet im allgemeinen schon Stillstand nachschreit, so würde dies im erhöhten Maße zutreffen, wenn einerseits die Lebenshaltung fortlaufend kngstlich verteuert, andererseits die Löhne stabiler blieben, beziehungsweise deren Steigerung mit der allgemeinen Teuerung nicht parallelisiert würde. Daß die Heeresverwaltung berechtigten Wünschen ihrer Arbeiter im großen und ganzen nicht ablehnend gegenübersteht, haben wir durch mehrfache Beispiele erfahren; — daß dieselbe in Ausübung dieser sozialen Betätigungen sich in erster Linie vom Grundsatz möglichster Einheitsrichtigkeit allen ihr unterstellten Instituten gegenüber leiten lassen muß, ist uns allen klar, — lehrt uns aber auch, daß die Wünsche der Arbeiter aller militärischer Betriebe, wenn sie erfolgversprechend sein sollen, einheitlich präzisiert und gemeinsam in Vorlage gebracht werden müssen. Dieses zu ermöglichen, beziehungsweise zu erleichtern, geht nur auf dem Wege des Zusammenschlusses aller Militrbeiter, das heißt auf dem Wege der gewerkschaftlichen Organisation. Unsere Kollegen in Augsburg und Ingolstadt haben in Erkenntnis dieser Sachlage, wenn auch vorerst in primitiver Weise, bereits den ersten Spatenstich getan und wird die Grundsteinlegung demnächst erfolgen. Auf das an uns ergangene Ersuchen, ihrem Beispiel zu folgen, wurde hier eine liebegliedrige Kommission eingesetzt mit dem Auftrag, eine diesbezugliche Militrbeiterversammlung einzuleiten, in welcher Stellung genommen werden soll, ob, wie oder auf welcher Grundlage eine eigene Militrbeiterorganisation angestrebt, beziehungsweise gegründet werden soll. Nachdem die Kommission die diesbezuglichen Vorarbeiten erledigt zu haben glaubt, beruft sie auf Samstag den 3. März eine öffentliche Militrbeiterversammlung im Gasthaus zum Deutschen Reich, äußere Dachauerstrae 143, ein und ersucht alle, sowie jeden einzelnen, speziell aber die älteren und langgedienten Mitarbeiter, pnklich, das heißt sofort nach Arbeitslu, zu erscheinen. München, den 1. März 1906. Die Sieben-Kommission.“

„Mit Beifall war auf dem Flugblatt noch bemerkt: „Hoffe daß Euch eben so stark einfundet, wie bei der Beipredung, nehmt auch Aufnahmefähigkeit mit, alle weit Mündlich Gruf Ot, Herzogstraf 501 gd.“

Gleich bei Grffnung der Versammlung war den Herren ob der Anwesenheit einiger Gewerkschaftsführer der freien Organisationen das Herz in die Hofen geruht. Jedoch man suchte sich zu helfen. Man fragte an, ob die Gewerkschaftsführer der freien Organisationen sprechen dürften. Auf diese Weise hoffte man, die lässigen Mahner mundtot machen zu können. Jedoch umsonst, sie konnten sprechen. Ein Herr Schiller, Sattler, hielt ein Referat für den Militärarbeiter-Verband. Geringe Beiträge und uneigennützige Arbeit slfrige nun Ziele, also sttete der Herr. Bei niederen Beiträgen sei es auch den freien Gewerkschaften noch möglich, dem Militärarbeiter-Verband beizutreten, die freien Organisationsleiter sollten daher froh sein, daß sie eine Organisation mit niederen Beiträgen schaffen wollten. Kollege Schngler verzogte dann in längerer Ausführungen das Kartenhaus der Siebenkommission und wies an der Hand der gewerkschaftlichen Entwicklung und Erfahrungen nach, welche arbeitsschdigendes Treiben die Herren inszenierten. Die bayerischen Militärarbeiter hätten in den freien Gewerkschaften ebenjogut Platz wie die kaiserlichen Werftarbeiter. Deren Interessen werden in den freien Organisationen besser gewahrt als dies durch ein in Demut erwerbendes Organisationsgefhen könne. Herr Schngler und Herr Hchold (ehemals Verbandsmitglied, nunmehr Mitglied des Fabrikarbeiter-Verbandes und Hauptagitator des Militärarbeiter-Verbandes) schiederten Schiller. Schiller erhoffte, wenn der Verband sich nicht den geringsten politischen Anspruchs gäbe, von der Gründung der bayerischen Landtagsabgeordneten aller Richtungen die besten Erfolge. Weiter sang noch ein Vertreter aus Ingolstadt, Albrecht, das Lied vom billigen und braven Militärarbeiter-Verband. Gar pugig nahm sich das Gescheue an, doch ja dem Militärarbeiter-Verband beizutreten, von dem zwar noch nicht feststehe, ob er wöchentlich oder monatlich 20 Pf. Beitrag erhebe. Der Versammlung waren die Herren dann nicht mehr gewachsen. Einen Antrag Schngler, der den Anschluß an die freien Organisationen empfahl, getraute man sich der Versammlung nicht zu unterbreiten. Den Arbeitern riß die Geduld und sie verließen den Saal.

Man wendete die Aufnahmen in den Militärarbeiter-Verband in den nächsten Tagen hinter verschlossenen Turen gemacht. Mit dem bekannten faulsten Druck wurde da und dort noch etwas nachgeholfen, und eingemalte Leute wollen sogar wissen, daß Borgefeste nicht so ganz ungeschuldig an dieser Groenkommandantorganisation seien. Wurde doch mit behaglicher Breite kolportiert, der „Herr Major“ habe gegenüber einem „Mcher vom Gange“ gesagt: „Der Verband ist ganz recht, dem es höre dann der Streit, ob rot oder schwarz, doch mal an!“

Diese Arbeiterorganisation frhete nur ein Scheinwesen. Da auf einmal rhrt sich wieder was. Eine Versammlung wurde einberufen, in der der Verbandsagitator referierte. Es wurde eine Resolution an die „hohe königliche Feldzeugmeister“ angenommen, worin das wiederholte Entgegenkommen derselben dankbarst anerkannt und die Bitte um eine fünfprozentige Lohnerhöhung ausgesprochen wurde, ferner um Herabsetzung der Altersgrenze zur Erlngung des Hchstlohnes von 25 auf 15 Dienstjahre, um Gewährung eines jährlichen Urlaubes und um Verbesserung der Alters-, Witwen- und Rentenuntersttzung. Besonders aber wurde noch gebeten, daß die Beschlüsse des jenseitigen Ausschusses der bayerischen Abgeordnetenkammer, Samstags und Tage vor hohen Festtagen voll zu bezahlen und bei Mitarbeit den Stundenlohn zu garantieren, doch ausgeführt werden möchten. Auf diese Resolution antwortete die Feldzeugmeisterin überhaupt nicht. Man beauftragte der Arbeiterauschusses jenseitigen Vorsitzenden (Bernhardt), der auch Vorstand des Militärarbeiter-Verbandes ist, um eine Audienz nachzusuchen. Bernhardt hatte selbstverständlich vorher etwas eiligeres zu tun. Er möchte sich mit den Vorsitzenden des Militärarbeiter-Verbandes Ingolstadt und Augsburg in Verbindung setzen, ab die nichts dagegen einzuwenden hätten.

Gladlich kam die Audienz zustande. Ein Münchener, zwei Ingolstädter, ein Augsburger Arbeiter und Bernhardt hatten die hohe Ehre, eingeladen zu werden. Am gleichen Abend nach, 29. Dezember 1906, gab die Deputation ihren Bericht. Bernhardt, noch angehen mit dem schmerzlichen Bericht, bezog das Robium und tat den zahlreich erschienenen Arbeitern der Artilleriewerksttten München kund, daß er zum Vorsitzenden der Deputation bestimmt worden sei; daß sie sehr freundlich von dem Herrn Feldzeugmeister, General v. Stra,

empfangen worden seien und daß Er die Wünsche vorgetragen und auch gebeten habe, daß die in der Denkschrift von 1899 niedergelegten Wünsche erfüllt werden möchten. Der Herr General versicherte, daß er tue, was er tun könne, er könne aber soviel wie nichts tun, da die ganze Angelegenheit in der Reichsratskammer ruhe. Einmal würde getan, die Samstagstunde würde bezahlt werden. Ohne ein Wort der Kritik oder eines Vorschlags, was nun geschehen solle, verließ Bernhardt, der Vorsitzende des Arbeiterausschusses und des allseitig anerkannten Militärarbeiter-Verbandes, das Podium, die Brust geschwellt von dem Bewußtsein, eine große Tat vollbracht zu haben. Der Aufforderung, das Wort zu nehmen, kam niemand nach. Da meldete sich Kollege Fisinger. Unerbittlich ging er mit den Herren des Militärarbeiter-Verbandes ins Gericht. Er wies ihnen nach, wie gerade durch die Sonderbündel und Zersplitterung die Interessen der Arbeiter schwer geschädigt würden. Sie, die dem grassierenden Egoismus und der Rückständigkeit Rechnung tragen, könnten nicht Anspruch auf Achtung und Respekt in der Öffentlichkeit machen, weshalb sie auch von der Regierung nicht respektiert würden. Das Respekt sei daher vorauszusetzen gewesen. Die Verrücktheit auf die Reichsratskammer sei die Verweisung auf den Sanft-Kammerleinstag und nur der Dummheit der Organisation zu danken. Der Militärarbeiter-Verband werde auch niemals mit seiner Politik, „den Pelz ohne Wasser waschen zu wollen“, Erfolg haben. Der Regierung gegenüber dürfe nicht nur der Mund gespitzt, es müßte auch gepiffen werden. Der Organisation unwürdig aber sei es, wenn diese auf das Streikrecht ergebnis verzichte. Der Militärarbeiter-Verband habe sich noch launfroh erwiesen wie die berückeltesten Gelben. Diese hätten ihr Erstgeburtsrecht um Hunderttausende verkauft, der Militärarbeiter-Verband aber, um Oben nicht anzupöbeln, um nicht in Ungnade zu fallen, habe sich selbst kastriert. Er empfehle Anschluß an die freien Gewerkschaften, die allein der Regierung imponieren könnten. (Lofender Beifall folgte diesen Worten.)

Verpöf ob solcher Rede, versuchte Bernhardt sich nicht einmal zu verteidigen. Desto ärgerlicher meinte er, Fisinger habe die Gastfreundschaft mißbraucht, er sei weit über den Rahmen der Tagesordnung gegangen und habe auch weit über das Ziel geschossen. Er hätte Fisinger das Wort überhaupt nicht gegeben. (Hörufe.) Fisinger meldete sich darauf zum Worte. Der Vorsitzende verzerrte es. Ein Verbandsmitglied der Artillerieverkstätte stellte den Antrag, Fisinger reden zu lassen. Der Vorsitzende zaudert. Bernhardt springt ihm bei und meint, daß es selbstverständlich sei, daß Fisinger nicht mehr reden dürfe, er könnte dies als Vorsitzender des Arbeiterausschusses nicht zulassen, denn das würde Oben nicht gern gesehen, wenn so geredet würde. Er warne also die Versammlung. Die Versammlung entschied sich jedoch mit Neunzehntelmehrheit dafür, daß Fisinger reden solle. Der Vorsitzende erteilte Fisinger „noch einmal“ das Wort. Fisinger bedeutete nun dem Vorsitzenden, daß die Versammlung Redefreiheit beschließen habe und der Vorsitzende nicht das Recht habe, diesen Beschluß einzuschränken. Dann ging er mit Bernhardt scharf ins Gericht. Er wies ihm nach, wie rückständig und reaktionär sein Verhalten sei. Er hätte die Scharfmacher in der Bevormundung der Arbeiter noch übertrumpfen. Nicht von Gastfreundschaft könne die Rede sein, da die Mehrzahl der Anwesenden frei organisierte Arbeiter seien und diese sich weder von dem Vorsitzenden des Militärarbeiter-Verbandes noch von dem Vorsitzenden des Arbeiterausschusses bevormunden lassen. Kollege Fisinger las dem Bernhardt gründlich ein Privatstimium, wie man Arbeiterinteressen vertritt, wofür ihm donnernder Beifall spendete wurde, so daß Bernhardt es vorzog, zu schweigen und der Vorsitzende die Versammlung schloß.

Sofort aber eröffnete Kollege Giepol die Versammlung wieder und erteilte dem Landtagskandidaten Genossen Rosshaupt das Wort zu dem Thema: „Welche Politik müssen die Arbeiter treiben?“ Lange Geschwätz machten die Militärarbeiter-Verbandsführer, als sie aus dem Munde dieses Eisenbahnarbeiters hörten, daß man der Regierung gegenüber nicht mit Filzschuhen, sondern mit Wasserstiefeln auftreten müsse, wenn man etwas erreichen wolle. Er empfahl den Anschluß an die gewerkschaftliche und politische Organisation, auch das Abonnement auf die sozialdemokratische Presse. Bernhardt und seine Getreuen hatten jedoch inzwischen ob ihres Sineinfalls das Feld geräumt, sie überließen Herrn Wschold das Haushalten des Militärarbeiter-Verbandes. Dieser listete die längst widerlegten Werbheiten wieder auf, wurde jedoch vom Vorsitzenden Giebold gründlich als absurdum gefahrt.

Die Führer des Militärarbeiter-Verbandes waren, wie ihr Handeln zeigt, die Mitglieder und führen sie von Niederlage zu Niederlage. Werden die Arbeiter einsehen, daß sie genarrt und gepöf werden? Denkende Arbeiter wissen längst, daß die Mächer den Indifferentismus sich zunutze machen, um ihre Streberideale auf Kosten der Allgemeinheit bald erfüllt zu sehen. Darum, Militärarbeiter, die Augen auf, weilt diesen falschen Propheten, diesen billigen Jakobussen den Weg, den Weg der freien Organisationen. Dann werdet ihr der Regierung wie dem bayerischen Landtag, nicht zuletzt den Kautschukmännern der Privatindustrie bei der Regierung, respektgebend gegenüber treten können. Dann werdet ihr auch in stande sein, eure Interessen zu vertreten. Alle Metallarbeiter hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 13. Januar der 3. Wochenbeitrag für die Zeit vom 13. bis 19. Januar 1907 fällig ist.

Den Mitgliedern und Ortsverwaltungen des sechsten und neunten Bezirkes bringen wir zur Kenntnis, daß der Kollege Otto Schulz in Hamburg für den sechsten Bezirk und der Kollege Seb. Sauterbach in Stuttgart für den neunten Bezirk als zweite Bezirksleiter gewählt worden sind. Die übrigen Bewerbungen um diese Stellen gelten hiermit als beantwortet.

Die Reisegeldauszahlung werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß für Reisende im Inland künftig die Reiselegitimationen in Begleit kommen. Nur die Reisenden in das Ausland erhalten am Grenzpört, nachdem sie dort für die zurückgelegte inländische Strecke eine Quittung unterzeichnet haben, eine Reiselegitimation, wie seither üblich, ausgesetzt. Die Reiselegitimation eines ausländischen, mit uns im Vertragsverhältnis stehenden Verbandes gilt nur für den ersten inländischen Zahlort, den das reisende Mitglied berührt. Ende Dezember 1906 sind sämtlichen Verwaltungen und Bevollmächtigten andere Reisegeldquittungen gesandt worden, nebst einer Anweisung darüber, wie nunmehr die Handhabung der Geschäfte bei der Auszahlung von Reisegeld zu erfolgen hat. Auf dieses Zirkular wird hiermit hingewiesen.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abs. 3 des Verbandstatuts gefordert:
Der Verwaltungssitz beträgt 10 Pf. pro Woche vom 1. Januar an. Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 3 Abs. 2a des Statuts:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Nachen:**
Der Schlosser Leonard Bals, geb. am 27. Februar 1878 zu Nachen, Lit. A. Buch-Nr. 9571, wegen Betrugs.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Berlin:**
Der Dreher Walter Franke, geb. am 15. Dezember 1873 zu Regdeburg, Buch-Nr. 884342, wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Gotha:**
Der Stanger Aug. Kummer, geb. am 12. Oktober 1877 zu Gotha, Buch-Nr. 666485, wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Hainichen:**
Der Former Willi Seeburg, geb. am 26. Juli 1882 zu Chemnitz, Buch-Nr. 973514, wegen Betrugs.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Kaufbeuren:**
Der Spengler Gustav Seiditz, geb. am 21. Februar 1882 zu Rosenheim, Lit. A. Buch-Nr. 10756, wegen unkollegialem Verhalten.

Nicht wieder aufgenommen werden dürfen:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Berlin:**
Der Dreher Paul Schwarzer, geb. am 14. Oktober 1873 zu Neustadt, Buch-Nr. 464046, wegen Nichterhaltung gefäßer Werkstattebeschlässe.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Chemnitz:**
Der Former Theod. Golla, geb. am 30. Mai 1884 zu Krascheow, Buch-Nr. 979493, wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Stettin:**
Der Arbeiter Wilh. Bolduan, geb. am 9. März 1875 zu Kl. Sillow;
Der Feilenarbeiter Geinr. Rindert, geb. am 30. Oktober 1887 zu Stettin, beide wegen Streikbruch.

Öffentlich gerügt wird:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Berlin:**
Der Dreher Georg Krause, geb. am 21. Dezember 1878 zu Berlin, Buch-Nr. 2241;
Der Schlosser Wilh. Daladas, geb. am 14. Juni 1887 zu Dhrdruf, Buch-Nr. 849313, beide wegen unkollegialem Verhalten.

Aufforderung zur Rechtfertigung.
Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen den gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluß aus dem Verband.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Danzig:**
Der Mutterpreller Gustav Prinz, geb. am 16. April 1872 zu Danzig, Buch-Nr. 672451, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Dortmund:**
Der Klempner Josef Heinrich, geb. am 24. Juni 1856 zu Bielefeld, Buch-Nr. 826698, wegen Betrugs.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Feuerbach:**
Der Gürtler Wilh. Knädel, geb. am 17. September 1880 zu Gammstadt, Buch-Nr. 681932, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Hannau:**
Der Former Anton Gröbel, geb. am 18. Juni 1878 zu Havensburg, Lit. A. Buch-Nr. 12845, wegen Betrugs.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Leipzig:**
Der Gürtler Heinrich Submann, geb. am 13. Oktober 1887 zu Mainz, Buch-Nr. 752388;
Der Gürtler Gerh. Schuch, geb. am 14. Juli 1889 zu Mainz, Lit. A. Buch-Nr. 97502, beide wegen Nichterhaltung gefäßer Werkstattebeschlässe.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Wittenberge, Bezirk Halle:**
Der Schlosser Wilh. Gernorzi, geb. am 23. Januar 1874 zu Osterode, Lit. A. Buch-Nr. 26115, wegen unkollegialem Verhalten.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Rde-Str. 16b** zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.
Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 31. Dezember 1906 bei der Hauptkassette eingegangenen Verbandsgebühren.

Von: Nachen Mt. 2200. Altenburg 4500. Wötting 100. Amberg 200. Annaberg 50. Ansbach 200. Apolda 950. Artern 200. Aichersleben 1000. Aue 2600. Augsburg 2000. Baden-Baden 150. Barth 80. Bausen 900. Bergedorf 700. Berlin 66826,65. Bernburg 300. Biberach 200. Bielefeld 28400. Biffingen-Bietigheim 200. Bitterfeld 350. Bochum 1000. Bremerhaven 4300. Breslau 6000. Brunsbüttelhafen 50. Bunzlau 800. Burg 600. Chemnitz 10000. Grimmitzschau 700. Dessau 400. Döbeln 600. Dortmund 3600. Dresden 29000. Driesen 130. Düren 200. Düsseldorf 4000. Duisburg 1300. Ebersbach 100. Eisenburg 200. Eintracht 80. Eisenach 800. Eisenberg 194,45. Eisterwerda 350. Emben 400. Erfurt 800. Erlangen 600. Esfen 10500. Eßlingen 7000. Fürstwalde 350. Flensberg 800. Forst 200. Franzenberg 100. Frankfurt a. M. 8800. Freiberg 100. Freiberg i. Schl. 500. Fürstenaalbe 800. Fürth 2000. Gassen 200. Geesbacht 50. Gera 1550. Geseelsberg 4000. Geisingen 300. Gießen 500. Glaucha 450. Gmund 1600. Göppingen 800. Götting 194. Greifswald 300. Greiz 300. Grotzsch 750. Großenhain 600. Gröna 300. Hagen 5050. Halberstadt 400. Halle a. S. 5000. Hamburg 20000. Hanau 3500. Hannover 13000. Harburg 1200. Harzgerode 600. Heidenheim 800. Heilbrunn 1500. Helmstedt 400. Hennigsdorf 200. Hildesheim 800. Hirschberg 170. Jägershausen 532,50. Jzeho 200. Jauer 100. Karlsruhe 8000. Kassel 3600. Kahlhütte 70,50. Kiel 6000. Kirchheim 288,25. Koburg 68. Kolmar 80. Köln 6000. Königsberg 1300. Kornweilheim 208,03. Kossitz 150. Krefeld 800. Kronenberg, Einzelmitglieder 26,65. Lagerdorf 100. Lambrecht 200. Landsberg a. B. 400. Landsbut 250. Lauterberg 135. Lechhausen 50. Leer 600. Leipzig 16900. Leisnig 130. Lengsfeld 240. Leonberg, Oberpfalz 1050. Limbach 450. Löbau 100. Lollar 200. Lörrach 80. Lüthjen 50. Ludenwalde 600. Ludwigsburg 298,95. Ludwigshafen 4000. Lugau 200. Mainz 3500. Mannheim 17500. Marburg 100. Marzahnstadt 266,30. Martinlamitz 200. Meerane 250. Meisen 2500. Merseburg 600. Meiningen 76,30. Mittweida 250. Mügeln 4000. Mühlhausen i. Th. 800. Mühlhof 345,55. Mühlhausen i. S. 1600. Mülheim a. Rh. 300. Mülheim a. Ruhr 1700. München 10000. München-Glabbach 700. Münster 200. Naumburg 150. Neudargatzsch 230. Neudorf 360. Neugersdorf 900. Neumünster 300. Neusalz 100. Neustadt a. H. 300. Neustadt i. S. 100. Neubrandenburg 118,72. Nossen 100. Nowawes-Neudorf 400. Norden 300. Neustadt i. Schwarzwalde 80,50. Oberstein 1500. Oberursel 200. Offenbach 30. Ogersheim 150. Oßershausen 17,40. Osabrück 1800. Osterholz-Scharmbeck 200. Osterode 100. Penig 200. Pforzheim 12000. Pfungstadt 160. Plauen 850. Pries 300. Duedlinburg 1200. Rabenberg 600. Radolfzell 190. Rathenow 900. Ratibor 250. Reichenbach 450. Reichenheim 400. Reudersdorf 100. Reppen 60. Reutlingen 650. Riefa 650. Rosowen 600. Rostock 1600. Rudolfsht 130. Saalfeld 2650. Sangerhausen 200. Seib 173,65. Solingen 6000. Sonderburg 90. Spremberg 170. Sportau-Mallwitz 133. Suhl und Umgebung 1000. Schwalförden 300. Schmiedeberg 1300. Schmolln 250. Schöningen 500. Schmölln 200. Schwanningen 800. Stargard 100. Stettin 7000. Strassburg 2600. Straubing 100. Stuttgart 6800. Teterow 60. Tiff 250. Tönning 200. Torgau 96. Torgelow 500. Uedermünde 300. Varel 300. Vegefall 2400. Velsert 2500. Vetschau 100. Wiblingen 400. Wadshut 80. Wehbach 8. Weimar 100. Weisenfels 200. Werder 150. Wernigerode 100. Wertheim 65,80. Wiesbaden 800. Wilhelmshaven-Bant 3700. Würzburg 300. Zeitz 600. Zerbst 200. Zittau 200. Zittau 1600. Zorge 500. Zuffenhausen 650. Zwickau 260. Zwickau 6000. Einzelmitglieder der Hauptkassette 270.

für Erschließung 34,75. Jurischbezahlte Schuld von Merker, Dhrdruf 35. Sonstige Einnahmen 32,76.

Die Verwaltungenstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorfindende Quittung genau zu prüfen, und etwaige Unstände sofort an uns zu berichten.
Der Vorstand.

Zur Beachtung! ♦ Zuzug ist fernzubalten:

von Drehern und Hoblern nach Brackel b. Dortmund (L. Schwarz & Co.) D.;
von Feilenhauern, Schleifern und Härttern nach Köln, Mülheim a. Rh., Ralf und Höhenberg L.; nach Staßfurt (Müller & Greif) L.;
von Maschinern nach Konstanz (Hummel) D.;
von Formern, Eisengießerarbeitern und Keimmaschinen nach Aachen D.; nach Barmen (Fäger & Varesbeck) St.; nach Blankenburg a. H. St.; nach Düsseldorf (Gyrdorf) D.; nach Elbing (Firma Romnick) D.; nach Gnoien i. M. M.; nach Kirchheim u. L. (Bovst & Grüniger) D.; nach Osterode (R. Gärtner) D.; nach Steiten bei Borsach (Wäher) St.;
von Gürtlern, Pressern, Metallformern und Ziselren nach Offenbach a. M. (Firmen Wildmann, Bombach) St.;
von Kesselschneidern und Blechschweißern nach Mülheim a. Rhein (Th. Lannin) M.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Basel (Maschinenfabrik Burkhardt) St.; nach Berlin (Siemens-Schuckert) St. u. M.; nach Bochum Westfalen (Stahlwerk) D.; nach Brandenburg (Corona-Fahrradwerke) L.; nach Charlottenburg (Siemenswerke) D.; nach Feuerbach (Greiff & Co.) M.; nach Halle a. S. (Firma Thomann) M.; nach Kaiserslautern; nach Kulmbach (Firma Penfel) M.; nach Ludenwalde, L.; nach Mügeln (Firma G. Greifenhahn) D.; nach Mülheim a. Ruhr (Richard Gieß) M.; nach Offenbach a. M. (Rivoir) St.; nach Pirna in Sachsen (Breuer & Co.) D.; nach Preshburg in Ungarn (Siemens-Schuckert-Werke) St.; nach Stargard (Wischer) D.; nach Weimar (Metallnippesfabrik M. Kieseling) M.;
von Metallarbeitern nach sämtlichen Schwarzwaldorten;
von Silberarbeitern nach Hanau und Umgebung (einschließlich Sachsenhausen) D.;
von Schleifern nach Wien V. B. (Firma F. Schwarz) D.;
(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu weiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Aussperrung; D.: Differenzen; N.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)
Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Stettin. Die Differenzen bei der Firma Müller & Greif dauern unverändert fort. Die Herren, die sämtlichen Kollegen die Entlassung gaben, weil diese nicht gewillt waren, wie in den Vorjahren pro Tag 12 bis 15 Stunden in der Wude zuzubringen, haben erklärt: Niemand von den Aussperrten werde eingestellt, ausgenommen es würde jemand kommen und um „Gnade“ bitten. Bisher sind nur vier Magdeburger (Kewald und Konjorten) in dem Betrieb als Arbeitswillige. Darum, Kollegen, haltet den Zuzug von Stettin nach wie vor fern!

Former.

Kolmar i. E. Die Verhältnisse in der Eisengießerei von Haren freres (Gebrüder Haren) in Wingenheim veranlassen uns, etwas davon der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Die Akkordpreise sind auf das niedrigste Maß herabgedrückt. Lohn- oder Kilobühler fehlen gänzlich. Am Lohnstag bekommt jeder Arbeiter seinen sehr mageren Lohn in die Hand gedrückt, ohne Lohnzettel oder dergleichen. Der Mangel an nötigen Hilfsarbeitern resultiert aus zu schlechter Entlohnung, es werden ihnen 2,40 Mk. bezahlt. Einige ältere Arbeiter in der Hauptkassette haben jedoch eine Zulage von 20 und 40 Pf. pro Tag erhalten. Die Arbeitszeit beträgt im allgemeinen 10 1/2 Stunden. Die Überstunden werden jedoch „der Vereinfachung halber“ nach elfstündiger Arbeitszeit berechnet und bezahlt. Ein Zuschlag für Überstunden wird nicht geleistet. Die Eltern der in diesem Winterbetrieb aufgenommenen Lehrlinge mußten ein Formular unterschreiben, wonach der Lehrling pro Tag 80 Pf. Lohn erhält, es werden ihm aber die Frühstück- und Vesperpausen abgezogen. Neulich sagte sogar der eine Chef der Gießerei zu einem Arbeiter „Schweweife!“ „Im Schweweife deines Angeichts sollst du dein Brot verdienen.“ Die öffentliche Meinung möge nun darüber urteilen, wie sehr dieser Chef schimpfen muß, wir erbitten für ihn allgemeines Mitleid. Aus allem Angeführten ist es auch leicht begreiflich, daß zugerechte Kollegen diesem Elend sofort wieder den Rücken kehren und abziehen. Kollegen in Wingenheim, habt ihr denn von der großen Formerebewegung des letzten Jahres nichts vernommen, nichts davon, daß die Former und Gießereiarbeiter kraft ihrer Organisation sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse verschafften? Es liegt bloß an euch selbst, daß es euch besser gehe, und deshalb bringen wir euch die Verwaltungsstelle Kolmar des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Erinnerung. Tretet ein in unsere Reihen und die Mißstände werden verschwinden. Alle für einen, einer für alle!

Metallarbeiter.

Düsseldorf. (Vertauschte Rollen.) Wir haben hier drei angestellte Konkurrenten. Der christliche Verband wird repräsentiert durch Peter Broich, die Hirsch-Dunderschen leisten sich bei ihren 600 Mitgliedern zwei Beamte. Herr Rothhof führt die Geschäfte und Herr Jngenhofen „agitiert“. Es gab eine Zeit — es mag wohl so drei bis vier Jahre her sein — wo unsere Konkurrenten die Fortschritte unseres Verbandes lediglich auf die Tatsache zurückführten, daß dieser Beamte habe. Sie glaubten, aus allen Wöten erlöst zu sein, wenn auch sie sich eine so wunderbare Einrichtung leisten könnten. Erlebens rechnete schon zahlenmäßig die riesigen Fortschritte aus, die der Gewerkeverein machen würde, wenn er einen Beamten habe. Aber: Behüt dich Gott... Es kam so ganz anders. Der Gewerkeverein stellte anfangs 1904 einen Agitationsbeamten an, anfangs 1906 einen Geschäftsführer. Der Erfolg war: Mitgliederzuwund. Diefelbe Erscheinung auf christlicher Seite. An Beamtenmangel ist es jetzt wohl nicht mehr liegen, es muß also ein anderer Grund vorhanden sein. Aber auch dieser Grund wurde entdeckt. Es war die hohlelose Schlechtigkeit und Herrschsucht des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die an allem schuld ist. Zuert war es Peter Broich, der Christ mit dem silbernen Kreuz an der Uhrkette, der auf diesen Gedanken kam. Er verfehlte nicht, die große Öffentlichkeit auf die genannten Eigenschaften des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes aufmerksam zu machen. Leider geriet er bei seinem Kreuzzug gegen uns weit ab vom Wege christlicher Bahngastigkeit und Zugend. Er ließ nach dem Grundsat seiner Lehren den Zweck durch die Mittel heiligen, er lag und lag, daß sich die Wästen bogten. Jede Woche erschienen mehrere Artikel in Düsseldorfes Tagblatt, dem hiesigen Zentrumorgan. Was in diesen Artikeln an Unwahrheiten, an Verdrehung und an Schwinbel geleistet wurde, das war fast ungläublich, es war ekelhaft. Sogar Unterschritten wurden gefälscht, um dem Deutschen Metallarbeiter-Verband etwas an Feuge zu stücken. Eine ganze Anzahl Verhätungen nach § 11 des Preßgesetzes mußte das Tagblatt aufnehmen. Auf einmal war aber dann Schluß. Seit drei Monaten hört man keine Rede mehr über den

Tagblatt die Geschichte schließlich zu viel geworden ist, so daß es auf die weitere Mitarbeit Peters verzichtet, oder ob Peter selbst seinen Beitrag eingestellt hat, das entzieht sich unserer Kenntnis. Um nun aber keine Langeweile aufkommen zu lassen, hat der Freund und Landsmann Jagenhofen aus der Summernstraße das Gewerbe Peters aufgenommen. Obwohl er sich von der Erfolglosigkeit der Bemühungen Peter Broichs aus nächster Nähe überzeugen konnte, schreibt er sich die Finger wund, teils in seinem Lokalblättchen, teils im Regulator. Das Bedenkliche aber ist, daß er genau die klammern Wege wandelt, wie Peter Broich. Er lügt, Lügen haben aber kurze Beine. Solange dieses Gewerbe in kleinen Konzentren hinter verschlossenen Türen ausgeübt wird, mag die Sache noch angehen, auch in seinem Lokalblättchen wird er wenig Unheil anrichten, das liegt niemand. Wenn er nun aber fecht wird und zum Regulator geht, dann sind wir doch gezwungen, ihm etwas auf die Finger zu klopfen. In Nr. 51 des Regulator kommt unser „Freund“ auf den Streit bei Ehrhardt zurück und glaubt, damit im trüben fischen zu können. Er schwindelt, der Deutsche Metallarbeiter-Verband habe mit großem Lautstimm eine Bewegung in Szene gesetzt, den Wund recht voll genommen und nachher habe man heimlich erklärt, der Hauptvorstand bewillige nichts. Er spricht dann von begossenen Fudeln, die sich blamieren hätten u. s. w. Schließlich wird dann die „einzig richtige und wahre Organisation“, der Hirsch-Wanderer-Gewerverein, empfohlen. Das ist vergebliche Liebesmüh, lieber Hubert. Die Arbeiter der „Rheinischen“ werden sich dem Gewerverein nicht anschließen. Sie wissen zu genau, daß das Geschreibsel im Regulator unaufrichtiges Zeug ist. Unsere Kollegen bei Ehrhardt wissen, daß die Bewegung nicht von der Organisation eingeleitet wurde, sondern daß sie es selbst waren, die die Forderungen aufstellten und durchsetzten. Sie wissen ferner, daß von der Organisationsleitung unseres Verbandes den Kollegen über die Situation und über die Stellungnahme des Hauptvorstandes von vornherein volle Aufklärung gegeben wurde. Wenn also Jagenhofen meint, „die Herren Jäger u. h. hätten nicht den Mut gehabt, die Kollegen von vornherein über alle Eventualitäten genau zu informieren“, so wissen diese selbst am besten, daß das „ein Jermum“ des Herrn Jagenhofen ist. Woher weiß er denn übrigens alles so „genau“? Er bellagt sich doch, daß er in keine Versammlung Zutritt hatte! Er schreibt sich sogar den Kopf darüber, ob unser Hauptvorstand den Streit anerkannt hat oder nicht. Ein Duzend Verbändler sollen stehen geblieben sein. Wir zählen 1000 Mitgl. in die schwebendste Gewerereinstufung, wenn uns Jagenhofen ein halbes Duzend stehen gebliebene Verbändler namentlich aufzählt. Lügen haben lange Beine. Sodann wird ein Hauptvorstand ins Feld geführt. 18 Verbandswirtschaftler, die die Arbeit mit niedrigeren, sollen in den letzten 14 Tagen, also während der Kündigungszeit, Verdienste von 1,51 bis 0,77 Mk. die Stunde erzielt und damit die Preise gedrückt haben. Zunächst scheint auch Jagenhofen, genau wie sein Kollege und Landsmann Broich, mit der Direktion in Geschäftsverbindung getreten zu sein. Woher wüßte er sonst die Zahlen, die genau stimmen. Wir müssen aber leider unserem Material einen kleinen Stoß versetzen. Die hohen Löhne der letzten 14 Tage rühren eben daher, daß die in Affid arbeitenden Kollegen alle noch Arbeit jurist hatten, die noch nicht bezahlt war. Mehr als 60 Pf. dürfte eben nicht angegeben werden. Bei ihrer Entlassung ließen sich um die Kollegen selbstverständlich die noch restierende fertige Arbeit auszubezahlen. Das weiß natürlich Jagenhofen, er verschweigt es aber, um in trüben zu fischen. Und in Anbetracht einer solch verlogenen Epistel meint dann Freund Hubert noch was: „Hochachtungsvoll kommen die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bald zur Einsicht.“ Wir können dem Herrn verraten, daß sie auf der „Rheinischen“ zur Einsicht gekommen sind, nicht nur über den „großen Deutschen“, sondern auch über die Hirsche. Folgendes Vorkommnis trug dazu wesentlich bei: Der Gewerverein hatte bei Meister Spitz zwei Mitglieder. Beide kündigten mit ihren Kollegen. Einer hörte auch mit auf, der andere fiel aus, wurde also Streikbrecher. Ein Verbandsmann unseres Verbandes in einem anderen Bezirk, Kollege H., meinte nun zum Verbandsmann K. des Gewervereins, es sei nicht schön von K., daß er Streikbrecher geworden sei. K. gab ihm recht. Eine halbe Stunde später war Kollege H. vor dem Vor, und zwar wegen seiner Äußerung, er war denunziert worden! Die Denunzianten vulgo Arbeitswilligen sind aber nach wie vor Gewerereinsmitglieder! Diese Dinge sind im ganzen Werte bekannt. Der Gewerverein hat keine Rolle auf der „Rheinischen“, die immer nur sehr klein war, völlig ausgepielt. Den Artikel des Regulator haben wir vervielfältigt und unseren Verbandsleuten zugestellt. Er wird dem Gewerverein den Kopf geben. Hubert Jagenhofen wird nach wie vor die Interessen des Gewervereins und seiner Mitglieder in Düsseldorf „wahrnehmen“, und zwar so lange, bis keine mehr da sind.

Ergebnisse a. S. In unserer Versammlung am 16. Dezember vorigen Jahres wurde der Geschäftsbericht erfaßt. Am 1. März 1906 wurde unsere Verwaltungstelle mit 39 Mitgliedern gegründet. Wir hatten damals Schwierigkeiten zu überwinden, da die meisten Kollegen, dem den Jansen Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Maschinenfabrik und der Württembergischen Metallwarenfabrik Gesellschafter wieder den Rücken kehrten. Es kam es, daß wir im ersten Quartal sogar einen kleinen Rückgang zu verzeichnen hatten. Durch unermüdliche Tätigkeit ist es uns aber im dritten Quartal gelungen, wieder einen Fortschritt zu machen. In diesem Quartal hat die Metallformerei und Zinngießerei der Organisation mit wenigen Ausnahmen beigetragen, so daß wir am Schlusse des Jahres einen Mitgliederstand von 136 verzeichnen konnten. Mit diesem Erfolg können wir natürlich zufrieden sein, wenn man bedenkt, daß es in früheren Jahren unmöglich war, hier Fuß zu fassen. Die Schwierigkeiten, die uns damals von der Württembergischen Metallwarenfabrik und von den Hirschen in den Weg gelegt wurden, waren dann jedoch die Hauptsache waren schon seit vielen Jahren nach ihrer Mitgliedschaft in der Lage gewesen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Wenn es geschah müßte. Und wie konnte es auch anders sein, wenn doch die Direktion, Strauß und sonstige Geldbesitzer Mitglieder bei den Hirschen. Den leitenden Personen war es auch nicht daran zu liegen, die Lage ihrer Kollegen zu verbessern, sondern darum, daß sie nur die Lage eines Rufes in der Fabrik bekommen, zum Meister und Beamten ammenen. Wenn im vergangenen Jahre es es anders gekommen. Durch die Gründung einer Gruppe des Metallarbeiter-Verbandes haben die Hirsche ganz erheblich Schaden gelitten, indem finanzielle Schwierigkeiten der freien Gewerkschaft bedroht. Die Zahl der Hirsche ist so gesunken, daß der ganze Ortsverband (wahrer Verband) kaum noch 110 Mitglieder zählt, die zum Gewerkschaften zählen jedoch schon über 350. Auch die „Württemberg“ haben sich in Laufe des Sommers der Höhe unterzogen, hier Fuß zu fassen, was ihnen aber nicht gelang. Ein gewisser Gilger aus Stuttgart, der sich „Hirsche“ nennt, machte unermüdlicher Suche nicht ablassen; der „Hirsche“, zu dem er in puncto müßte, waren nicht zufrieden, so wurde aus dieser „Hirsche“ eine freie Gewerkschaftsorganisation. In die Hirschen Metallarbeiter trübten mit der damaligen Führung, sich angeschlossen und dem Beispiel der Kollegen anderer Orte zu folgen, die trotz der Organisations lebendige Beziehungen ihrer Lage ergibt haben.

Arbeitsverhältnisse. Der Kampf in der Hirschen Metallwaren- und Maschinenfabrik wurde Schlichter Lager hat sich zu einem Kampfe um die Forderung des Mindestlohnes gestaltet. Es ist zu begreifen, daß die Hirschen Metallwaren- und Maschinenfabrik, als die einzige Gewerkschaft der verarbeitenden Organisation. Aber doch nur wenigen Jahren hat nach dem Spure von Organisations unterlassen. Und nun mit einem Male zeigt sich eine lebendige, freie Gewerkschaft. Diese zu begründen und den alten Zustand der württembergischen Metallwaren- und Maschinenfabrik herbeizuführen, wird kein Mittel gelassen, den Gewerkschaften und ihren Angehörigen ist nicht ihre Mühe und kein Opfer zu viel. Nachdem der Gewerkschaftsleiter Hirsche freie Gewerkschaft von Stuttgart, kommunistisch und die „Hirsche“ mit den Hirschen verbunden, habe auch die Forderung der Hirsche in der Fabrik, ein Arbeitsverhältnis zu bekommen. Die Hirsche und Gewerkschaften sind Tag und Nacht auf der Jagd nach Arbeitswilligen, hauptsächlich in den Fabriken der Umgebung von Stuttgart, und nicht ohne Erfolg. In letzter Zeit sind die Jagd gg. Stuttgart. Dieser Kampf ist der Herrin durch

den eingetretenen Schneefall verdorben worden. Während der Weihnachtsfeierzeit blieb das Auto im Schnee stecken, so daß die Herren während des hohen Festes auf Schusters Rappen ihrem erdlen Handwerk nachgehen mußten. Trotz der riesigen Klappen erhalt die Firma aber keine geleerten Leute. Deshalb wenden sie sich an die auswärtigen Arbeitsnachweise, um von dort zu holen, was sie hier nicht bekommen. Kollegen allerorts, haltet den Zugang von Arbeitern der Nähmaschinen- und Fahrradbranche nach Kaiserslautern streng fern!

Königshütte (Oberhessen). Neue Verordnung auf der Hütte. Das Königshütter Tagblatt schreibt: „Laut einer in diesen Tagen vom Herrn Generaldirektor, Geheimen Bergrat Hilger, erlassenen Verordnung haben die Arbeiter der Vereinigten Königshütte und Laurahütte, welche die sozialdemokratischen Vorträge hier selbst im Gewerkschaftslokale am Ringe besuchen, ihre sofortige Entlassung zu gewärtigen.“ Und das Köchelblatt fügt hinzu: „Die Verordnung ist sehr am Platze, denn viele Arbeiter lassen sich durch die süßen Reden der Volksverführer betören und treten schließlich dem sozialdemokratischen Verband bei.“ — Wir fragen nun auch Arbeiter: hat Hilger außerhalb der Hütte euch etwas zu befehlen? Der Hilger, dem ihr durch eurer Hände Arbeit mit zu seinem großen Einkommen verhilft, will euch verbieten, was auch das Gesetz gestattet. Gebietet oder verbietet ihr dem Hilger, was er tun und was er nicht tun soll? Seid ihr denn seine Leibeigenen oder Sklaven auch außerhalb der Hütte? Nein! sagen wir. Die Arbeiter müßten traurige Kerle sein, die sich von so einem Generaldirektor vorschreiben lassen, was sie tun und lassen dürfen. Wie kommt dieser Herr dazu, auch Arbeitern den Besuch der Versammlungen im Gewerkschaftslokale zu verbieten? Kollegen, zeigt ihm, daß er auch außerhalb der Hütte gar nichts zu jagen hat. Nun erst recht müßt ihr in die Versammlung gehen und in den Verband eintreten. Zeigt ihm, daß er außerhalb der Hütte nicht auch Generaldirektor sein kann. Und die Tante von der Reichstraße, die sich immer so gern als „unparteiische“ Zeitung aufspielt, verdient den Fußtritt der Arbeiter. Mag sie sich von Herrn Hilger erhalten lassen, die Arbeiter müssen das Blatt abstellen und auf die Volkswacht und den Vorwärts abonnieren. Kollegen, tretet energisch und ohne Furcht auf, wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten. Jeder einzelne muß jetzt um so eifriger agitieren, um Hunderten sollten die Kollegen jetzt eintreten in den Verband. Das wäre die richtige Antwort auf die Verordnung Hilgers. Und dann noch eins, Kollegen: Bei der Reichstagswahl am 25. Januar könnt ihr dem Herrn Hilger erst recht einen Denkzettel geben, wenn ihr alle sozialdemokratisch wählt! Vorwärts, Kollegen!

München. (Ein Tarifvertrag in der Metallindustrie.) Bei der letzten großen Metallarbeiterausperrung haben die Metallindustriellen behauptet, daß der Abschluß von Tarifverträgen in der Metallindustrie ein Ding der Unmöglichkeit sei. Der Syndikus der Metallindustriellen, Herr Dr. Kuhllo, suchte in spaltenlangen Artikeln der bürgerlichen Presse den „Nachweis“ zu führen, daß das Verlangen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die in der Metallindustrie bestehenden Lohnverhältnisse durch Tarifvereinbarungen in geregelte Bahnen zu lenken, ein frivoles Begehren sei. Es sei unüberwindlich, in der Maschinenindustrie mit ihrer Arbeitsteilung Tarifvereinbarungen festzusetzen. Was noch vor zwei Jahren für unmöglich gehalten wurde, ist nun zur Tatsache geworden. Unter dem Vorhitz des Gewerkschaftsrates Dr. Gessler ist es gelungen, Tarifvereinbarungen für eine Maschinenfabrik abzuschließen; besonders erfolgreich ist es, daß dabei auch der Syndikus der Metallindustriellen, Dr. Kuhllo, mitgewirkt hat. Die Arbeiterherrschaft der Sparzählerwerke hatte der Direktion einen Tarifentwurf unterbreitet. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurde vom Arbeiterausschuß der Fabrik das Einigungsamt des Gewerkschaftsrates angeufen. Der Arbeiterausschuß war verständig durch den Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Hirsche, die Sparzählerwerke waren durch den Oberingenieur Holle und den Syndikus des Bayerischen Substritten-Verbandes, Dr. Kuhllo, vertreten. Vor Eintritt in die Verhandlung stellte Dr. Kuhllo die Anfrage, mit wem der Vertrag abgeschlossen werden solle, da das Einigungsamt eigentlich nur vom Arbeiterausschuß angeufen sei und dieser rechtlich als Kontrahent keine Garantie biete. Gewerkschaftsrat Dr. Gessler erwiderte, daß die beste Garantie für die Einhaltung von Tarifverträgen eigentlich der Abschluß von Organisation zu Organisation sei. Darauf meinte Dr. Kuhllo, daß auch der Deutsche Metallarbeiter-Verband rechtlich nicht garantieren könne, da er nicht die Rechte eines eingetragenen Vereines besitze. Der Vorsitzende gab die entsprechende Aufklärung und wies auf die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches hin. Dr. Kuhllo erklärte sich nun bereit, mit der Organisation abzuschließen, wenn festgestellt werde, daß die Mehrheit der in der Fabrik beschäftigten Arbeiter dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehören; wäre dies nicht der Fall, so würden die noch fernstehenden Arbeiter durch den Abschluß geradezu gezwungen, der Organisation beizutreten. Gewerkschaftsrat Dr. Gessler erwiderte, daß in ähnlichen Fällen bisher die von der Organisation abgeschlossenen Verträge für die gesamten im Betrieb beschäftigten Arbeiter, also auch für die Nichtorganisierten, Geltung hatten. Hirsche gab daher Erklärung, daß keineswegs ein Ansehen von 10 bis 12 Arbeitern das gesamte Personal der Fabrik der Organisation angehört. Darauf wurde in die eigentliche Beratung der einzelnen Bestimmungen eingetreten. Eine langere Debatte ergab die Festsetzung eines Mindestlohnes. Dr. Kuhllo wandte gegen die Festsetzung eines Mindestlohnes ein, daß dadurch das Maß der Mindestentlohnung des einzelnen Arbeiters herabgedrückt werde. Hirsche erwiderte, daß man demartige Einwände gegen den Mindestlohn von Bayerischen Metallarbeiter-Verband gemacht sei, trotzdem man bis heute von dieser Seite nicht beantwortet habe, daß durch den Mindestlohn die Mindestentlohnung herabgedrückt werde; in zahlreichen Fällen, wo nach Ablauf der Tarifzeit keine Einigung war, seien auch die Mindestlöhne erhöht worden, ohne das diesbezügliche Gewerbe gemacht wurden. Wenn mit dem Mindestlohn schlechte Erfahrungen gemacht werden, so hätten sich die Unternehmer selber nicht selber auf die Festlegung von Mindestlöhnen eingelassen. In vielen Fabriken werden die Löhne nach einer gewissen Schablone festgesetzt, wobei wohl über die Höhe der Löhne keine Verhandlung erfolgt, so daß dann allerdings diese Löhne meist zu Minderlöhnen werden. Wenn die Festlegung des einen oder anderen Arbeiters nicht befriedigt, so weiß man ja ohnehin, daß die Unternehmer von der Festlegung Gebrauch machen; andererseits müßte ein Arbeiter, der nach seiner Meinung mehr verdient als der Mindestlohn, selber zu dem Mindestlohn auch nicht arbeiten. Dr. Gessler: Die Organisation hat selbstverständlich ein großes Interesse daran, daß bei der Festlegung nicht eine gewisse Grenze nicht herabgesetzt werden kann. Die Verhandlung wurde schließlich nach mehrstündiger Debatte vertagt. Am 12. Dezember vorigen Jahres gelang es, bei dem Tarif des Mindestlohns zu bringen. Der Tarif wurde unter anderem: atomistische Arbeitszeit; bis zum 1. April ist es der Zeitlöhne von 5 Uhr; Arbeitszeit, von da ab 4 Uhr; die Mindestentlohnung betragen für Metallarbeiter 30 Pf., für Schmiedler und Maschinen 41 Pf., für Schlosser und Dreher 44 Pf., für Schlosser 35 Pf., für Frauen um einen Viertel weniger 25 Pf., nach einem halben Jahre 15 Pf., und nach dem zweiten Jahre 25 Pf. Die bisherigen Gewerkschaften werden auf einen Stundenlohn von 2 Pf. festgesetzt. Die gewerkschaftlich beschäftigten Arbeiter erhalten eine jährliche Zulage von 2 Pf., die Arbeiterinnen eine Zulage von 1 Pf. 50 Pf. Am 1. Dezember 1907 wird eine weitere Zulage von 1 Pf. 50 Pf. gewährt. Die Mindestentlohnung werden so festgelegt, daß 20 Prozent über dem Stundenlohn werden können; eine Zulage darf nur dann entfallen, wenn 50 Prozent über den festgesetzten Stundenlohn verdient werden. Für Arbeiterinnen keine Arbeiter an Lohn- und Gehältern sind grundsätzlich festgelegt. Die Gewerkschaften haben gegen die Festlegung von Mindestlöhnen, die die Arbeiterherrschaft nicht herabsetzen können, ein großes Interesse. Die Gewerkschaften, die sie sich so sehr angeschlossen haben, einen solchen Kampf gegen die Metallindustriellen-Verbande macht aber auch der Gewerkschaftsrat des Bayerischen Metallarbeiter-Verbandes als unabhängige Organisation anerkannt, so können es die auch nicht mehr.

Zeit. Die Leitung der Firma Opel & Kühne (Künderwagen- und Holzwarenfabrik) will die organisierten Metallarbeiter auf eine besondere Weise von ihrem Betrieb fernhalten. Seit einiger Zeit hat dort unsere Organisation Fuß gefaßt, das paßt dem Herrn Opel und dem Herrn Obermeister Gollstein, der sich auch gerne Direktor nennen läßt, durchaus nicht. Sie ahnen wohl, daß bei passender Gelegenheit der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit der Firma abrechnen wird, um den Umständen und der Willkürherrschaft ein Ende zu bereiten. Gollstein operiert auf folgende Art: Er geht an diesen und jenen Arbeiter heran mit den Worten: „Hören Sie mal, Sie sind ein tüchtiger Arbeiter und schon viele Jahre bei uns beschäftigt, Sie können eine dauernde Stellung bei uns haben; wie wäre es, wenn Sie die vierwöchentliche Kündigungszeit gemeint — sonst ist 14-tägige Kündigung —, nebenbei gibt er zu verstehen, daß der betreffende Arbeiter auch aus dem Verband scheiden müsse. An Stelle des Mindestlohnes verspricht man einen Wochenlohn von 24 Mk. Mit diesem Köder verlockt man, die Arbeiter von ihrer Gewerkschaft abzubringen. Entlassen kann man doch nicht jeden, denn die Firma hat ihre Not, brauchbare Arbeiter zu bekommen. Auch Herr Naumann, der Werkmeister in der Schmiede, hilft fleißig mit, die Verbandsmitglieder zu schikanieren. „Wenn ich gewußt hätte, was Sie für ein Vogel sind, so hätte ich Sie nicht angenommen.“ — das war die Äußerung zu einem verheirateten Manne. Auch ist er stets bemüht, mit allen möglichen Kniffen die Löhne zu reduzieren. Die meisten Kollegen springen aber zum Ärger der Herren nicht auf ihre Verlockungen, sie wissen ihre Gewerkschaft zu würdigen. Das schönste ist, daß Obermeister Gollstein und Meister Naumann vor einigen Jahren wegen „Unbotmäßigkeit“ aus dem Betrieb gegangen worden sind. Wahrscheinlich glauben sie, daß „ihre“ jetzigen Arbeiter aus demselben Holze wie sie geschnitten seien, daß sie auch um Gnade stehen würden. An euch, Kollegen, liegt es, euch nicht durch Drohungen und Versprechungen eure Rechte verkümmern zu lassen. Denn ein Recht besteht Herr Opel nicht zu seinen Maßnahmen, die einseitige vierwöchentliche Kündigung ist sogar ungesetzlich. Haltet zu eurer Organisation, helft mit an ihrem Ausbau.

Zinngießer.

München. In der Deutschen Zinngießer-Zeitung vom 15. Dezember 1906 finden wir als „Zeitartikel“ einen Bericht, den der Vorsitzende des Vereins deutscher Zinngießereien und verwandter Berufe, Herr Straußlein in Nürnberg, in einer dortigen Versammlung selbst über die Audienz bei dem bayerischen Minister v. Bodemann gegeben hat. Die Nürnberger Gewerkschaften führten das Bedürfnis, mit ihren Münchener Freunden und Konkurrenten am 25. November vorigen Jahres hier im Orientalischen Café eine Sitzung abzuhalten, um sich zu verständigen, welches Zammerlied sie am folgenden Tage seiner Erzählung zum besten geben könnten. Das verfluchte Reichszinngießergesetz liegt den Herren, besonders den Nürnbergern, so im Magen, daß man glauben könnte, sie hätten alle mehr oder weniger an chronischer Reichzinnkolik, obwohl statistisch nachgewiesen ist, daß seit Einführung des Gesetzes die Kolik, früher eine der schlimmsten Berufskrankheiten, nur noch sehr selten auftritt. — Der große Tag kam. Sein geschneigelt und gebügelt erschienen unsere Lebensschützer als ausgeluchte Kommission, um seiner Erzählung den Weg zu zeigen, der zum Ziele führen soll. Groß muß das Wohlwollen gewesen sein, daß der hohe Herr diesen Schildknappen entgegenbrachte. Laut Bericht schwamm alles in eitel Wolle. Die Streuge auf den Gesichtern, die gegen die Arbeiter stets zur Schau getragen wird, schmolz wie Butter an der Sonne, und es ist nur ein Wunder zu nennen, daß bei den vielen Komplimenten nicht der eine oder andere der Herren Prinzipale sein Rückgrat verrenkt hat. Der Herr Minister hat ja auch die Schwere der Sache erkannt. Leider konnte er den Edlen der Zinngießerei kein Heilmittel verschreiben und so schickte er in seiner Hilfslosigkeit die Herren zu seinem Untergebenen, Herrn Ministerialrat Kauf, der in der Sache sehr gut informiert sein soll. Nachdem der Herr Minister also nichts verschreiben konnte, legte sich große Kummer auf alle Herzen und es wurde die Befürchtung laut, daß „die gute Sache“ verloren sei. Darauf wurde der schwere Weg angetreten, der Veränderung der Schmerzen in Aussicht stellte. Und wie es so im gewöhnlichen Leben geht, fanden auch unsere Jagdhasen wieder neuen Mut, als sie dem Untergebenen des Ministers gegenüberstanden, was der mörderisch abgeschriebene Satz des „Reichs“ beweist: „Bei Herrn Kauf drang die Deputation vor allem darauf, daß die im Vorjahr versprochene Kommission endlich einberufen werde, da wir uns von derselben sehr viel versprechen.“ Aus der zottigen Mannesbrust spricht also bereits wieder ungebrochener Mut, und wehe dem, der sich entgegenstellt. Der Ministerialrat Kauf überblickte auch sogleich die gefährliche Situation, in der er sich gegenüber so vielen tapferen Kämpen befand, und er wußte den Angriff, der ihm gollten, glücklich abzuwehren. Der Herr Kauf war nämlich der Meinung, daß die Kommission ein untaugliches Instrument um untauglichen Objekt sei, so lange sie sich in den engen Grenzen unseres vielgeliebten Bayernlandes bewege. „Hinaus in die weite Welt!“ — war der Refrain, den der Herr Kauf der Deputation zu Gemüte führte. Der Herr Kauf scheint kein Preußenhaffer, von der Unmacht dieses Staates aber so überzeugt zu sein, daß er sogar der Kommission mitteilte, daß es ganz anders wäre, wenn von dorthier der Wind gehen würde. In nächster Linie wäre noch Hoffnung auf eine vom Reich eingesetzte Kommission. Als das Richtige fand der Herr am Schlusse das Reichsgesundheitsamt. Gut Ding braucht bekanntlich Weile, und so geht es auch hier geschehen zu sein. Wenn der Herr Kauf wirklich so gute Informationen über die Sache besitzt, wie es der Minister betonte, so möchte man auch glauben, daß er davon weiß, daß das Zinngießergewerbe hauptsächlich in Bayern, überhaupt in Südbayernland domiziliert. Die Deputation war auch anderer Ansicht als der Kauf und blieb darauf bestehen, daß eine Kommission aus Männern der Wissenschaft, der Technik und des Handels zusammenberufen werde, um etwas Feines zu erzielen; man will mit allen zu Gebote stehenden Mitteln kämpfen, um dem Ziele der Wissenschaft wieder näher zu kommen. Positives konnten die Herren Deputierten mit dem Herrn Kauf nicht erreichen, jedoch gab der Herr die Erklärung ab, daß er sich in dieser Sache mit dem Reichsgesundheitsamt ins Benehmen setzen werde. Auch Herr Professor Dr. Stodmeier will den Edlen behilflich sein bei dem Rufe, den unsere Bleihütten unternehmen wollen. Der Herr sollte sich aber einmal eine Zeilung an die Gießerei setzen und mit der Herstellung von Spitzzeug befassen. Froisieren geht übers Studieren! Der Dampf aus dem Gießereigel wird ihm die Lunge sicher nicht weiten. Sollte ein solches Ding, das allgemein unter dem Namen Zinngießergesetz bekannt ist, die Unversittlichkeit besitzen und ihm eine Waise auf die artgepflegte Haut legen, so ist ja zu helfen durch den Verbandsrat, wenn einer vorhanden oder wenn etwas dazwischen ist. Wenn nicht mach's auch nichts, wird schon verpfunden. Wenn dann zufolge des vielen Bleigehaltes sich Blutergrünung einstellen, so erkräftigt er dieses mit Gebuld, denn der Betrieb bedingt auch solche Kleinigkeiten. Freilich, nach Jahren stellen sich gewisse Krampfformen ein, unterhalb ein, dann kommt Empfindungslosigkeit, teilweise Zählung der Bein- und Armmuskeln, Gehirnaffektionen. Damit hat er dann den Lohn erreicht für seine Kurzzeitigkeit, mit der er für das Blei eingetreten ist. Die Gefahr, die früher in der Branche heimisch war, die Bleistolik, hat dann auch ihn erreicht. Wir geben was jedoch der Hoffnung hin, daß der Herr Professor dieses alles auch nicht will, und daß er seine ganze Kraft einsetzt, damit die Gesundheit des einzelnen und der Allgemeinheit keinen Schaden leidet. — Man sollte man jedoch glauben, daß, wenn so etwas geplant ist, die Regierung in erster Linie die Pflicht hätte, sich auch bei dem anderen Teile der Branche, bei den Arbeitern, zu erkundigen, wie diese über das ganze Gesetz denken. Der Herr Ministerialrat und der Herr Professor hätten dann beide Teile des Reichs und es hätte ihnen der Dampf der Einseitigkeit erspart bleiben. Sollten die Herren wirklich nicht wissen, wie sie die Sache anstellen müssen, um von dieser Seite etwas zu erfahren, dann geben wir ihnen den Rat, sich gegen die Organisation der Zinngießergesellen München zu wenden, die jederzeit bereit ist, Hilfe zu leisten. Ein Rückblick auf Stoffe der Gesundheit der Gehilfen und der Allgemeinheit darf es nicht geben. Immer vorwärts möge auch das Streifen der besten

Herrn bei dem Besuch im Reichsgesundheitsamt sein. Die Gehilfen der Branche aber mögen Augen und Ohren öffnen, um dem Kullissen...

Rundschau.

Und Wilow span.

Es ist ein beliebter Trick feichbeutelnder Novellenfabrikanten, ihre Gelder an irgendwelchen Wendepunkten des Lebens, beim Jahres...

Die heftigste Folge davon, daß sich das Zentrum der sozialdemokratischen Stimmen zur Bildung eines oppositionellen Blocks...

Der arme Reichsbernhart, kehre zurück zu deinen Jütaten! Wenn bu selber was schreibst, blamierst du dich noch viel mehr. Geschichte...

Gewerkschaftliches.

In Berlin sind am 1. Januar die Automobilbesitzerführer ausgesperrt worden. Die Unternehmer, nicht zufrieden damit...

Der Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter hat nach mehreren Verhandlungen mit dem Verein der Brauereien...

Der Deutsche Senefelder-Bund beruft zum 25. Februar eine außerordentliche Generalversammlung nach Hannover ein.

Gewerkschaftstatut vom Reichsgericht für ungültig erklärt.

Eine für Gewerkschaften und Unterstützungsvereine prinzipiell wichtige Entscheidung hat am 22. Dezember der erste Zivilsenat...

im Jahre 1904 mit großer Majorität beschlossen. Die unmittelbar darauf folgende gemeinsame Generalversammlung beider Verbände...

Der Zweck der gelben Organisationen.

Worin dieser besteht, kann man aus einer Tagesordnung sehen, die der Arbeiterunterstützungsverein Firmasens...

- 1. Stellungnahme gegen die geplante Aufstellung der Lohnstatistik des neutralen Verbandes der Schuhmacher Deutschlands. 2. Wie können wir einer eventuellen Lohnforderung...

Da die Präsenzliste nur die Anwesenheit von 15 Mitgliedern ergab, ist die Gemeingefährlichkeit dieser gelben Gründung glücklicherweise nur eine begrenzte.

Wem nützt der Wuchertarif?

Das zeigt folgendes Beispiel: Der bisherige nationalliberale Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Friedberg-Büdingen...

Der „Übergetretene“.

Unter dieser Spitzmarke brachten wir in Nr. 49 vom 8. Dezember vorigen Jahres eine Notiz über das Treiben der „Christlichen“...

- 1. Es ist unklar, daß ich vor meinem Übertritt bei den Christlichen war; wahr dagegen ist, daß ich lange Jahre im „freien“ Heizer- und Maschinen-Verband... 2. Unklar ist, daß ich noch nicht in Neustadt gearbeitet haben soll...

Diese Berichtigung drückt sich um die Hauptsache herum. Die „Christlichen“ hatten verkündet, daß dem Deutschen Metallarbeiter-Verband die Mitglieder ausreizen und ihnen beitreten...

Ungültige Oberpräsidialverordnungen.

Die Ungültigkeit der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen vom 26. Januar 1892 und die Ungültigkeit der gleichartigen Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz...

Fällen auf Freisprechung und erklärte die Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen und die des Oberpräsidenten der Provinz Schleisen für ungültig.

Unrechtmäßige Verweigerung einer Versicherungssumme bei der Arbeiterversicherung eines großen Unternehmens.

Das Eisen- und Stahlwerk Hösch hatte seine Angestellten in der Versicherungsgesellschaft Allianz in Berlin gegen körperliche Unfälle versichert.

Landgericht und Kammergericht Berlin erkannten auf Verurteilung der Beklagten zur Auszahlung der 6000 Mk. nebst Zinsen. In der zweiten Instanz hatte die Klägerin ihren Klageantrag dahin geändert...

Gewerbegerichtliches.

Ist der Arbeiter verpflichtet, auf Erfordern des Arbeitgeber überstunden zu verrichten? (Gewerbegericht Hamburg vom 23. Oktober 1906, eingeleitet vom Vorsitzenden Amtsrichter Dr. Boden.)

